

Sonderdruck aus:

# Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Elmar Hönekopp

Ost-West-Wanderungen: Ursachen und  
Entwicklungstendenzen

24. Jg./1991

**1**

## **Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)**

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

### *Hinweise für Autorinnen und Autoren*

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter [http://doku.iab.de/mittab/hinweise\\_mittab.pdf](http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf). Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de)).

### **Herausgeber**

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)  
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB  
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim  
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover  
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin  
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.  
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau  
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit  
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

### **Begründer und frühere Mitherausgeber**

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,  
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

### **Redaktion**

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: [ulrike.kress@iab.de](mailto:ulrike.kress@iab.de); (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: [gerd.peters@iab.de](mailto:gerd.peters@iab.de); (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: [ursula.wagner@iab.de](mailto:ursula.wagner@iab.de); Telefax (09 11) 1 79 59 99.

### **Rechte**

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

### **Herstellung**

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

### **Verlag**

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: [waltraud.metzger@kohlhammer.de](mailto:waltraud.metzger@kohlhammer.de), Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

### **Bezugsbedingungen**

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

### **Zitierweise:**

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)  
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)  
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

**Internet:** <http://www.iab.de>

# Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen

## Bundesrepublik Deutschland und Österreich

Elmar Hönekopp\*

Seit einigen Jahren, insbesondere seit 1989/90, sind verstärkte Zuwanderungen aus dem Osten Europas zu beobachten. Betroffen hiervon sind bisher vor allem Deutschland und Österreich, weshalb sich die Darstellungen und Überlegungen dieses Beitrages auf diese beiden Länder konzentrieren werden.

Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Europa gesehen werden: Einerseits hat sich der ökonomische und politische Integrationsprozeß in Westeuropa (EG '92, europäischer Wirtschaftsraum) intensiviert. Andererseits hat sich der einheitliche Block im Osten bereits mehr oder weniger aufgelöst (am augenfälligsten wahrnehmbar durch die politische Vereinigung Deutschlands oder durch die Auflösung des Warschauer Paktes) bei gleichzeitiger Liberalisierung der politischen und ökonomischen Systeme Osteuropas. Diese Veränderungen der politischen Bedingungen wirken sich unmittelbar auf den Wanderungsprozeß bzw. auf die Möglichkeiten zur Wanderung aus: Die Liberalisierung im Osten läßt die wesentlichen Voraussetzungen zur Realisierung von Wanderungspotentialen durch Schaffung von Reisefreiheit und Öffnung der Grenzen erst entstehen; der Integrationsprozeß im Westen dagegen ermöglicht die abgestimmte, damit wirkungsvollere Abwehr neuer Wanderungsbewegungen durch einheitliche Regelungen für alle Mitgliedsstaaten der EG.

In diesem Beitrag wird versucht, zu den aktuellen Wanderungen aus dem Osten Europas einige Fakten zusammenzutragen. Es werden die aktuellen Entwicklungen in ihren Größenordnungen und Strukturen (Personengruppen, Länderstrukturen) aufgezeigt. Anschließend wird auf die in den Herkunfts- und Zielländern begründeten Ursachen eingegangen. Hieran knüpfen Überlegungen an, welches die zukünftigen Tendenzen der Ost-West-Wanderungen sein könnten. Schließlich wird – nach einer Skizze bisheriger Reaktionen Deutschlands und Österreichs auf die neue Situation – angedeutet, welches die Konsequenzen sind, die aus den Veränderungen und Perspektiven der – potentiellen – Wanderungsentwicklungen gezogen werden sollten.

### Gliederung

- 1 Problemstellung
- 2 Aktuelle Entwicklungen im Bereich von Ausländerbevölkerung, Ausländerbeschäftigung und Wanderungen in Deutschland und Österreich
  - 2.1 Allgemeine Bemerkungen
  - 2.2 Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland
    - 2.2.1 Wanderungen
    - 2.2.2 Ausländerbevölkerung
    - 2.2.3 Die Bedeutung der Osteuropäer bei der Ausländerbeschäftigung
  - 2.3 Zur Entwicklung in Österreich
    - 2.3.1 Wanderungen
    - 2.3.2 Ausländerbevölkerung
    - 2.3.3 Ausländerbeschäftigung
  - 2.4 Zwischenfazit
- 3 Exkurs: Ausländer in den osteuropäischen Staaten
- 4 Zuwanderungsdruck aus Osteuropa und Arbeitskräftebedarf im Westen: Neue und erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu einer Beschäftigung in Deutschland oder Österreich
  - 4.1 Deutschland

### 4.2 Österreich

- 5 Migrationsbewegung zwischen Ost- und Westeuropa: Gründe und Perspektiven
  - 5.1 Gründe für die Wanderungen aus Osteuropa
    - 5.1.1 Autonome versus arbeitsmarktinduzierte Wanderungen
    - 5.1.2 Autonome Wanderungen
    - 5.1.3 Arbeitsmarktinduzierte Wanderungen
    - 5.1.4 Schlußfolgerungen
  - 5.2 Perspektiven für Wanderungen zwischen Ost und West

### Literatur

### Tabellenanhang

### I Problemstellung

Seit einigen Jahren, insbesondere seit 1989/90, sind verstärkte Zuwanderungen aus dem Osten Europas zu beobachten. Betroffen hiervon sind bisher vor allem Deutschland und Österreich, weshalb sich die Darstellungen und Überlegungen dieses Beitrages auf diese beiden Länder konzentrieren werden. Die Diskussion über diese „neuen“ Zuwanderungen aus den östlichen Ländern Europas ist in beiden Ländern geprägt von Eindrücken aus einigen spektakulären Entwicklungen. Der „Polenmarkt“ in Berlin, die umfangreichen Einkaufs- und Wiederverkaufsaktivitäten, Straßenverkäufer, unregelmäßige Camps; neue Fahrzeugströme von Autos mit zum Teil ungewohnten Kennzeichen: dies schlug sich nieder in Schlagzeilen in den Zeitungen, wie z. B. „Hunderttausende vor den Toren Wiens“, „Vor einer neuen Völkerwanderung?“, „Trecks aus dem

\* Dieser Aufsatz ist die deutschsprachige, aktualisierte Fassung eines Beitrages, der im Auftrag des Europarates für die Ministerkonferenz über Zuwanderungen von Personen aus Zentral- und Osteuropa (Wien, 24./25. 1. 1991) erstellt worden war. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Europarates. Dipl.-Volkswirt Elmar Hönekopp ist wiss. Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

Osten“. Ängste kamen hierdurch zum Ausdruck, Befürchtungen, wie der einzelne und die Gesellschaft diese Entwicklungen zusammen mit der Zunahme von Ausländerbeschäftigung, zunehmenden Zahlen von Flüchtlingen, der Zuwanderung von Aussiedlern und Umsiedlern bewältigen können. Diese Unsicherheiten drücken sich auch in den Reaktionen des Staates aus: im Falle Österreichs Einsatz des Heeres an den Grenzen; im Falle Deutschlands einerseits die zeitweise Wiedereinführung der Visumpflicht für Angehörige des einen Staates (Polen), andererseits Abschaffung der Visumpflicht für z. B. die Tschechoslowakei.

Diese Entwicklungen müssen vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Europa gesehen werden: Einerseits hat sich der ökonomische und politische Integrationsprozeß in Westeuropa (EG '92, europäischer Wirtschaftsraum) intensiviert, mit der sich andeutenden Konsequenz einer gewissen Abschottungstendenz nach außen über die z. B. gemeinsame Visa-, Flüchtlingspolitik, andererseits hat sich der einheitliche Block im Osten bereits mehr oder weniger aufgelöst (am augenfälligsten wahrnehmbar durch die politische Vereinigung Deutschlands oder durch die Auflösung des Warschauer Paktes) bei gleichzeitiger Liberalisierung der politischen und ökonomischen Systeme Osteuropas. Diese Veränderungen der politischen Bedingungen wirken sich unmittelbar auf den Wanderungsprozeß bzw. auf die Möglichkeiten zur Wanderung aus: Die Liberalisierung im Osten läßt die wesentlichen Voraussetzungen zur Realisierung von Wanderungspotentialen durch Schaffung von Reisefreiheit und Öffnung der Grenzen erst entstehen; der Integrationsprozeß im Westen dagegen ermöglicht die abgestimmte, damit wirkungsvollere Abwehr neuer Wanderungsbewegungen durch einheitliche Regelungen für alle Mitgliedsstaaten der EG, d. h. durch eine Reduzierung von Schlupflöchern an den EG-Außengrenzen. Politikabstimmungen im Rahmen des Europarates ergänzen diese Bemühungen.

Die aktuelle Diskussion über neue Wanderungsbewegungen und über Konzeptionen zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit ihnen leidet jedoch darunter, daß aufgrund der spektakulären gegenwärtigen Erscheinungen Entwicklungen unsystematisch und somit verzerrt wiedergegeben werden. Dieser Beitrag will versuchen, hierzu Fakten zusammenzutragen. Es werden die aktuellen Entwicklungen in ihren Größenordnungen und Strukturen (Personengruppen, Länderstrukturen) aufgezeigt. Davon ausgehend wird dargestellt, was tatsächlich neu ist an diesen Entwicklungen. Anschließend wird auf die in den Herkunfts- und Zielländern begründeten Ursachen eingegangen. Hieran knüpfen Überlegungen an, welches die zukünftigen Ten-

denzen der Ost-West-Wanderungen sein könnten. Schließlich wird – nach einer Skizze bisheriger Reaktionen Deutschlands und Österreichs auf die neue Situation – angedeutet, welches die Konsequenzen sind, die aus den Veränderungen und Perspektiven der – potentiellen – Wanderungsentwicklungen gezogen werden sollten.

## 2 Aktuelle Entwicklungen im Bereich von Ausländerbevölkerung, Ausländerbeschäftigung und Wanderungen in Deutschland und Österreich

### 2.1 Allgemeine Bemerkungen

Das Aufzeigen von Entwicklungen zu diesem Themenbereich im internationalen Vergleich gestaltet sich in der Regel etwas schwierig. Daten stehen in unterschiedlicher Aktualität und Differenziertheit zur Verfügung. Gerade die hier interessierenden Nationalitäten sind bei den österreichischen Daten kaum getrennt ausgewiesen, so daß man Hilfsgrößen heranziehen muß.

Zahlenangaben zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich auf den Gebietsstand vor der politischen Vereinigung vom 3. Oktober 1990. Soweit hier interessierende Daten die bisherige DDR betreffend vorliegen, werden sie zusammengefaßt gesondert dargestellt.

### 2.2 Zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

#### 2.2.7 Wanderungen

Wanderungen aus Osteuropa<sup>1</sup> haben für die Bundesrepublik Deutschland nicht erst in der jüngsten Vergangenheit und nicht erst im Zusammenhang mit den politischen und ökonomischen Umstrukturierungsprozessen in den osteuropäischen Ländern eine wichtige Rolle gespielt. Die Bedeutung dieses Faktums wird bei Analysen der Wanderungsentwicklung leicht übersehen, da bei der statistischen Erfassung der Wanderungen aus juristischen Gründen zwischen zwei Hauptgruppen unterschieden wird: zwischen Wanderungen von Ausländern und Aussiedlern<sup>2</sup>. Hinzu kommt noch die weitere Gruppe der Übersiedler aus der DDR<sup>3</sup>.

Trotz der erfassungsmäßigen Trennung dieser Gruppen ist jedoch anhand der Daten festzustellen, daß nicht nur die Wanderungen von Deutschen aus den osteuropäischen Staaten (also überwiegend Aussiedler), sondern auch die der Ausländer aus den gleichen Gebieten einen deutlichen Zuwanderungsüberschuß hatten.

Für das Jahr 1990 liegen zur Zeit noch keine differenzierten Wanderungsstatistiken vor. Aktuell sind nur die – allerdings mit den Wanderungsstatistiken nicht völlig kompatiblen – Zahlenangaben zur Aufnahme von Aussiedlern und zu Asylbewerbern; letztere kommen z. T. auch aus osteuropäischen Ländern. So sind im Jahr 1990 ca. 397 000 *Aussiedler* in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Im Jahr 1989 waren es 377 055. Im Jahre 1989 sind daneben ca. 332 000 *Ausländer* mehr in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert als fortgezogen. Das Gesamtbild der Wanderungen zeigt Übersicht 1.

Befaßt man sich mit der Entwicklung der jüngeren und längeren Vergangenheit, so ergeben sich doch einige z. T. nicht von vornherein erwartete Resultate:

a) Im vergangenen *15-Jahres-Zeitraum* (1975-1989) lag der Wanderungsüberschuß in der Bundesrepublik Deutschland (Zuzüge minus Fortzüge) bei allen *Ausländern* bei ca. 620 000 (vgl. Tabelle 1). Hinter diesem Saldo verbergen

<sup>1</sup> Osteuropa wird im folgenden als Synonym verwendet für die europäischen Länder des RGW bzw. „Ostblock“. Jugoslawien ist hierin nicht enthalten. Es hat als „klassisches“ Herkunftsland aufgrund der Anwerbevereinbarung auch eine andere Rolle im Wanderungsprozeß gespielt als die RGW-Länder. Die bisherige DDR wird aufgrund ihrer juristischen Sondersituation für die Bundesrepublik Deutschland somit gesondert aufgeführt.

<sup>2</sup> Aussiedler und Übersiedler sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes. Definition des Bundesausgleichsamtes: „*Aussiedler sind* deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige, die nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen die Aussiedlungsgebiete (in Osteuropa, d. V.) unter dem fortdauernden gegen die deutsche Bevölkerung gerichteten Vertreibungsdruck verlassen haben. *Übersiedler* sind deutsche Staatsangehörige, die die DDR und Berlin (Ost) verlassen haben, um in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin . . . ihren ständigen Aufenthalt zu begründen.“

<sup>3</sup> Die Übersiedlerentwicklung wird hier nicht weiter berücksichtigt, da nach der Vereinigung zwischen BRD und DDR diese Bewegungen – auch in nicht-deutscher Sicht – keine internationalen Wanderungen mehr darstellen. Diese Daten werden seit 1. 7. 1990 auch nicht mehr erfaßt.

**Übersicht 1: Wanderungen von Deutschen und Ausländern 1989**

	Zuzüge		Fortzüge		Saldo
	absolut	%	absolut	%	
Deutsche	751 293	49,4	106 534	19,5	+ 644 759
Ausländer	770 897	50,6	438 433	80,5	+ 332 464
Insgesamt	1 522 190	100,0	544 967	100,0	+ 977 223

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

sich dabei jeweils Bewegungen von mehr als sieben Millionen Zu- und Fortzügen. Während z. B. die „klassischen“, bisherigen Hauptherkunftsländer („Anwerbeländer“) einen negativen Wanderungssaldo (Rückwanderungen überwiegen Zuwanderungen) von 580 000, die EG-Nationalitäten (insbesondere wegen der Fluktuationen bei den Italienern, als ebenfalls Angehörige einer Anwerbe-Nationalität) auch noch von 375 000 zu verzeichnen hatten, liegt das Wanderungsplus mit den osteuropäischen Staaten bei über 590 000. Hierzu trugen insbesondere die Polen mit etwas mehr als 420 000 bei. Neben den osteuropäischen Zuwanderungen sind allerdings auch diejenigen aus asiatischen Ländern zunehmend wichtig geworden.

Auch wenn man die Bilanz der Entwicklung in der jüngeren Vergangenheit (1985-1989) ansieht, ergibt sich ein ähnliches Bild (vgl. Tabelle 2): Bei Zu- und Fortzügen in der Größenordnung von nahe 3 Millionen bzw. nahe 2 Millionen beträgt der Wanderungsüberschuß ca. 920 000. Zwar übersteigen jetzt bei den „klassischen“ Herkunftsländern die Zuzüge die Fortzüge mit einem Saldo von + 180 000. Dagegen verzeichnet die Zuwanderung aus den Ländern Osteuropas ein deutlicheres Plus (Saldo: + 413 000).

Interessant ist dabei, wie sich die Struktur der Zuwanderung nach Herkunftsländern im Verlaufe der Jahre verändert hat: Während die Zuwanderungen aus den früheren wichtigsten Anwerbeländern 1975 noch fast zwei Drittel der Gesamtzuwanderung von Ausländern ausmachten, ging deren Anteil bis 1989 kontinuierlich auf weniger als ein Drittel zurück. Umgekehrt erhöhte sich der entsprechende Anteil in diesem Zeitraum für Einwanderungen aus Osteuropa zum Teil sprunghaft von 8% auf 44%. Allein Polen waren an allen Zuwanderungen mit einem Drittel beteiligt (vgl. Tabelle 3).

b) Wie sehen die entsprechenden Wanderungsentwicklungen bei den Deutschen aus? Eine Analyse der Statistik der letzten 13 Jahre (erst seither wurden länderspezifische Wanderungsdaten für Deutsche ausgewiesen) ergibt ein nicht unbedingt erwartetes Resultat, soweit es die Gesamtwanderung der Deutschen betrifft (vgl. Tab. 4): Deutschland ist über den Gesamtzeitraum gleichzeitig Auswanderungs- und Einwanderungsland, jedoch in unterschiedlichen Größenordnungen und regionalen Orientierungen: Abwanderungsüberschüsse von Deutschen sind über die erfaßten Jahre hinweg zu verzeichnen in Richtung EG-Länder, nach Amerika und Australien/Ozeanien und nach Österreich, mit einem zusammengefaßten Wanderungsdefizit über diese 13 Jahre von über 70 000 Personen.

Demgegenüber ergab sich – aber in viel bedeutenderen Größenordnungen – ebenfalls über alle Jahre ein Wanderungsüberschuß bei den Wanderungsbewegungen von den osteuropäischen Ländern. Der Überschuß summierte sich über die 13 Jahre auf über 920 000 Personen (vgl. Tabelle 4). Im Gegensatz zum Wanderungsaustausch mit den west-

lichen Ländern stehen hinter dem Überschuß der Wanderungen aus Osteuropa fast ausschließlich Zuwanderungen. Fortzüge von Deutschen in diese Länder gab es nur in geringem Umfang.

Der Anteil der Zuwanderungen von Deutschen aus Osteuropa belief sich im Jahre 1989 auf über 82% aller deutschen Zuwanderungen – dabei aus Polen ca. 53% und aus der Sowjetunion 24%. Die Tendenz der Zuwanderung aus Osteuropa hat in den letzten Jahren dabei deutlich zugenommen (vgl. Tabelle 5).

c) Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß die Bedeutung der Zuwanderungen aus den osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik wesentlich zugenommen hat, von Deutschen wie auch von Ausländern. Die Trennung zwischen deutschen und ausländischen Zuwanderern aus Osteuropa ist – auch zu Analyse Zwecken – nicht unproblematisch. Denn beide Zuwanderergruppen sind gegenüber anderen in unterschiedlicher Weise im Vorteil gewesen: Ausländische Personen, die aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland einreisten, konnten bis vor kurzem davon ausgehen, daß sie aus politischen und humanitären Gründen nicht in die Heimatländer zurückgeschickt würden, auch wenn sie z. B. nicht als Asylbewerber anerkannt worden wären. Auch wurde ihnen bis vor einigen Jahren bei dieser Voraussetzung der sofortige Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht (nach einer späteren Regelung nach einem Jahr, gegenüber immerhin fünf Jahren bei den übrigen Asylbewerbern, jetzt generell nur noch ein Jahr). Für die als Aussiedler aus Osteuropa zuwandernden Personen war im Falle der Anerkennung als Deutsche der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und zu den deutschen Sozialleistungen bzw. speziellen Integrationsleistungen, dem Grundgesetz entsprechend, garantiert. Über 90% der Aussiedler wurden bisher als Deutsche endgültig anerkannt (vgl. Blaschke 1990 b). Dabei war die Integrationsproblematik – zumindest in jüngerer Zeit – bei beiden Gruppen ähnlich: Bei den Aussiedlern hat die Verwertbarkeit der beruflichen Grundqualifikationen und die Sprachkompetenz bei den Einreisenden der letzten Jahre abgenommen. Allerdings sind die Maßnahmen zur Integration von Aussiedlern (Sprachkurse, oft in Verbindung mit beruflichen Anpassungsmaßnahmen) doch relativ umfangreich (vgl. Blaschke 1990 a, 1990 b). Aus diesen Gründen wurden in Übersicht 2 die Größenordnungen der Zuwanderung von Ausländern und Deutschen aus Osteuropa zusammenfassend dargestellt, um einen Gesamtüberblick im Hinblick auf die hier vorgegebene Thematik zu ermöglichen.

d) Ein für die Ausländerpolitik und für die Integrationschancen von Zuwandernden, z. B. auf dem Arbeitsmarkt, wichtiger Aspekt ist das Alter der Immigranten. Je nachdem, wie hoch zum Beispiel der Anteil der Kinder an den Zuwanderern ist, ergeben sich unterschiedliche Konsequenzen hinsichtlich schulischer Angebote für diese Gruppe. Oder: die Möglichkeiten für jüngere Personen im erwerbsfähigen Alter, einen Arbeitsplatz zu finden, sind tendenziell höher als für Ältere. Die hierfür notwendigen Detailinformationen können aus der gegebenen Wanderungsstatistik jedoch nicht in der ausreichenden Genauigkeit gewonnen werden. Aus den vorliegenden Daten ist immerhin zu entnehmen, daß bei den aus Osteuropa Zuwandernden das Hauptgewicht bei der Gruppe der 25- bis 50jährigen liegt, und zwar mit gewissen Abweichungen bei allen sechs osteuropäischen Nationalitäten (alle Angaben beziehen sich ausschließlich auf Ausländer!, vgl.

**Übersicht 2: Zuwanderung von Ausländern und Deutschen aus den osteuropäischen Ländern (im Zeitraum 1985-1989)**

Herkunftsland	Ausländer		Deutsche		Ausländer u. Deutsche	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bulgarien	6 228	0,7	203	0,0	6 431	0,4
Polen	741 381	78,4	380 782	64,5	1 122 163	73,1
Rumänien	45 832	4,8	58 191	9,9	104 023	6,8
Sowjetunion	53 090	5,6	144 334	24,5	197 424	12,9
Tschechoslowakei	51 130	5,4	3 674	0,6	54 804	3,6
Ungarn	47 558	5,0	2 790	0,5	50 348	3,3
Osteuropa insgesamt	945 219	100,0	589 974	100,0	1 535 193	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 6). Dies entspricht durchaus den Werten für die Migranten aus anderen Ländern, mit Ausnahme der Türken, bei denen die Familienzusammenführung – bis jetzt also eher junge Personen – noch immer eine bedeutende Rolle spielt. Hieraus ist die Vermutung abzuleiten, daß der größere Teil dieser Personen wohl mit dem Ziel der Arbeitsaufnahme nach Deutschland kommt. Im Vergleich mit der Zuwanderung von 1980 haben sich die Gewichte bei den osteuropäischen Ländern sogar noch Richtung Jüngere, v. a. unter 18jährige verschoben (vgl. hierzu Tabellen 6 und 7).

e) Die Beschreibung der Größenordnungen und Strukturen der Zuwanderungen aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland muß notwendigerweise skizzenhaft bleiben. Eigentlich benötigte Details wie mitgebrachte Qualifikationen, berufliche Erfahrung, bisherige Erwerbstätigkeit oder eine differenzierte Altersstruktur sind in einem bestimmten Umfang nur für Aussiedler verfügbar. Entsprechende wissenschaftliche Untersuchungen liegen ebenfalls nicht vor.

Insbesondere sind auch keine Informationen über den Prozeß der Weiterwanderung in andere Länder vorhanden. Die Bundesrepublik Deutschland ist sicher – wie auch Österreich – bis zu einem gewissen Grad Durchgangsstation für Migranten aus Osteuropa. Eine genauere Kenntnis wäre für eine Beurteilung dieser neuen Wanderungsbewegungen im europäischen Rahmen gerade für die nähere Zukunft bedeutsam.

In diesem Zusammenhang scheint es wichtig, darauf hinzuweisen, daß sich mit den ansteigenden Zuzügen von Ausländern aus den osteuropäischen Staaten auch deren *Fortzüge* in absoluten Werten verstärken. Die jahresbezogenen Relationen zwischen den Fortzügen und Zuzügen verminderten sich jedoch in den letzten Jahren. Es dürfte sich somit um eine zeitlich versetzte Reaktion auf die Zunahme der Zuwanderungen handeln. Diese Feststellung gilt mit gewissen Abweichungen für alle sechs osteuropäischen Nationalitäten (oder korrekt: für alle sechs Herkunftsbzw. Zielländer). Durch diese Entwicklung wird ein relativ hoher „Umschlag“ der Wanderungen – zumindest für bestimmte Gruppen – angezeigt. Aufgrund dieses schnel-

len Umschlages ergibt sich zwangsläufig eine geringere Verweil-(Aufenthalts-)Dauer. Gründe hierfür könnten erfolglose Arbeitsuche, die Ablehnung als Asylbewerber sein, auch eine Reaktion schon länger in Deutschland lebender Personen auf positive Veränderungen im Heimatland (etwa bei Polen) oder auch ein von vornherein als befristet vorgesehener Aufenthalt im Gastland. Ein Vergleich dieser Entwicklung mit den Wanderungsbeziehungen z. B. zwischen der BR Deutschland und den Anwerbeländern oder zwischen den USA und den mittelamerikanischen Staaten zeigt, daß Rückwanderungen bzw. Pendelströme nach einer Anfangs-(Aufbau-)phase für den Migrationsprozeß typisch sind. Insofern dürfte es sich hier bereits um den Beginn einer „Normalisierung“ der bilateralen Wanderungsbeziehungen handeln.

Eine genauere Untersuchung dieser Phänomene – im Vergleich mit der entsprechenden Entwicklung anderer Nationalitäten – könnte möglicherweise wichtige Zusatzinformationen im hier diskutierten Kontext liefern.

### 2.2.2 Ausländerbevölkerung

Wie oben bereits angesprochen, sollte die Analyse der Zuwanderungsprozesse aus Osteuropa für Zwecke der Ausländer- bzw. Integrationspolitik sinnvollerweise für die Teilgruppen der Deutschen und Ausländer zusammenhängend erfolgen. Dies wäre insofern interessant, als sich die Bedeutung dieser Prozesse für die Entwicklung der Größenordnung und Struktur der Bevölkerung feststellen ließe. Allerdings läßt sich dies nicht für beide Gruppen weiterverfolgen, da – wie bereits erwähnt – Aussiedler nach ihrer Anerkennung nicht mehr als gesonderte Gruppe statistisch weitergeführt werden. Demnach sind nur die Ausländer im engeren Sinne weiter analysierbar.

Welche Auswirkungen hatten die auch für die Ausländerwanderungen festgestellten relativ hohen Nettozuwanderungen aus Osteuropa (für die Jahre 1985-1989 immerhin 413 000)?

Der Blick auf die Statistik (vgl. Tabellen 8 und 9) zeigt, daß – nicht überraschend – die Zahlen der Bevölkerung aus osteuropäischen Staaten in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Der Anteil beläuft sich im Jahre 1989 auf 6,6% der Ausländerbevölkerung. Die Veränderungen über die letzten Jahre scheinen jedoch nicht annähernd die Überschüsse bei den Wanderungen widerzuspiegeln. Diese offensichtliche Inkongruenz zwischen den beiden Statistiken konnte bisher nicht geklärt werden<sup>4</sup>. Trotz dieses Vorbehalts ergibt sich jedoch, daß die zahlenmäßige

<sup>4</sup> Die Gründe mögen u. a. liegen in der Methode der Bevölkerungsfortschreibung und/oder in der Anpassung der Bevölkerungsstatistik an die Ergebnisse der Volkszählung 1987.

Bedeutung des Anteils im Vergleich mit den Ausländern aus den Hauptanwerbeländern (1989 = 67%) noch recht gering ist.

### 2.2.3 Die Bedeutung der Osteuropäer bei der Ausländerbeschäftigung

Auch in der Ausländerbeschäftigung haben sich die recht starken Zuwanderungen der letzten Jahre noch nicht niedergeschlagen. Nach den Daten aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1980 und 1989 die Zahl der abhängig Beschäftigten Osteuropäer nur um knappe 20 000 auf ca. 54 000, was einem Anteil an allen abhängig beschäftigten Ausländern von etwas mehr als drei Prozent (siehe Tabelle 10) entspricht. Osteuropäer müssen eine Arbeitserlaubnis besitzen, wenn sie eine Arbeit aufnehmen wollen. Bei der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit und bei der Konkurrenz der Deutschen, gerade aus der bisherigen DDR, aber auch der bevorrechtigten Ausländer (v. a. aus der EG) wird es im Einzelfall für einen Osteuropäer wohl schwer sein, eine reguläre Arbeit zu finden. Dies würde dann ein Abdrängen in illegale oder halblegale Tätigkeiten (z. B. bei der Erntearbeit) oder in sogenannte geringfügige Beschäftigung (typisches Beispiel: Putzkraft in Reinigungsfirmen) bedeuten. Schätzungen über das momentane Ausmaß illegaler Arbeit von Osteuropäern liegen nicht vor. Untersuchungen über den Abdräng- bzw. Ausweichprozeß der Osteuropäer sind nicht bekannt. Hierfür ist das Phänomen in seiner aktuellen Entwicklung noch zu neu. Der hier vorgenommene Datenvergleich läßt es aber möglich erscheinen, daß Osteuropäer in nicht geringen Größenordnungen in illegalen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sein dürften. Dieser Tatbestand dürfte noch bedeutsamer sein, wenn man die möglichen Größenordnungen eher kurzfristiger illegaler Beschäftigungsverhältnisse (im Rahmen von Urlaubs- und Saisonarbeit) einbezieht.

Interessante Informationen über den Prozeß des Übergangs der Osteuropäer in Beschäftigung dürften über eine Auswertung der Beschäftigtenstatistik z. B. hinsichtlich Wirtschaftszweigverteilung, Stellung im Beruf oder der Qualifikation gewonnen werden können.

Über die Betroffenheit von *Arbeitslosigkeit* ist derzeit eine Aussage für osteuropäische Erwerbspersonen nicht möglich, da bei der Standardstatistik zur Arbeitslosigkeit (jährliche Strukturuntersuchungen der Arbeitslosigkeit) bzw. bei der vierteljährlichen Auswertung des Arbeitslosenbestandes nur die wichtigsten Nationalitäten (EG und Anwerbeländer) erfaßt werden.

## 2.3 Zur Entwicklung in Österreich

### 2.3.7 Wanderungen

Gerade in Österreich hat in den letzten Monaten die Diskussion über die „Völkerwanderung“ aus Osteuropa – nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen im vergangenen Jahr – eine große Rolle gespielt. Entwicklungen, die sich im Grenzbereich des Ungewohnten, Halblegalen oder Illegalen abspielen (nach Touristeneinreise Teilnahme an Polenmärkten, Aktivitäten als Straßenverkäufer, Urlaubsarbeit etc.), sind generell in den Größenordnungen und Folgeproblemen schwer nachvollziehbar. Es kommt hinzu, daß solche spektakulären Erscheinungen wie Handelspendler und Kurzzeitmigranten

die tatsächliche Entwicklung überlagern und die Symptomwahrnehmung verstärken.

Die tatsächliche Entwicklung der Zuwanderung von Ausländern nach Österreich, ob aus osteuropäischen oder anderen Ländern, läßt sich der subjektiven Wahrnehmung nicht entgegenstellen. Allgemeine differenzierte Wanderungsdaten stehen nicht zur Verfügung. Größenordnungen der Zuwanderungen wurden abgeleitet aus den Angaben der Arbeitsverwaltung zu den Genehmigungen von Erstanträgen auf Beschäftigungsbewilligungen und von den Flüchtlingszuwanderungen.

Nach Biffel (1990 b) hat vor dem Hintergrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung bereits im Jahre 1989 der Zustrom von Polen und Ungarn nach Österreich stark zugenommen. Es handelte sich im wesentlichen um Arbeitssuchende. Im Jahr 1990 erreichte die Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt. Für Polen wurde dann die Visapflicht im August 1990 eingeführt, da die Bereitschaft zu illegaler Tätigkeit, etwa zu Beschäftigungsverhältnissen während des eigenen Urlaubs, sich zunehmend herausgebildet habe. Zum Beispiel scheint die Arbeit bei der Ernte in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft ein bevorzugtes Beschäftigungsfeld für polnische Arbeitskräfte geworden zu sein. Ähnliche Erfahrungen aus den letzten Jahren sind auch aus Deutschland zu berichten: Einsätze bei der Apfelernte in Norddeutschland, bei der Weinernte in der Pfalz oder bei der Gemüseernte in Bayern sind nur einige Beispiele. Ähnliche Arbeitskräftezuwanderungen aus der Tschechoslowakei haben dagegen erst im Jahre 1990 begonnen, bevorzugt um in Wien und anderen Industriestädten eine Arbeit zu finden. Biffel schätzt in diesem Zusammenhang, daß die Zuwanderung aus osteuropäischen Ländern zwar insgesamt deutlich zugenommen hat, die dominanten Zuwanderungsgruppen seien jedoch nach wie vor Jugoslawen und Türken. Biffel leitet aus den Zahlen zu den erstmaligen Beschäftigungsbewilligungen ab, daß osteuropäische Zuwanderer am *Gesamtanstieg* der Zuwanderung (um 25 800 auf 77 900) nur mit 40% beteiligt seien (Biffel 1990 b, S. 11). Genauere Angaben sind hierzu nicht möglich, da die Angaben über die verschiedenen Formen der Arbeitserlaubnis (Beschäftigungsbewilligung; Befreiungsschein) nur für die deutschen, jugoslawischen und türkischen Arbeitnehmer differenziert ausgewiesen wurden.

### 2.3.2 Ausländerbevölkerung

Ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland ist auch in Österreich die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung beträchtlich. Gegenüber 1988 nahm die Anzahl der Ausländer um 18% zu und lag im Jahresdurchschnitt 1989 bei ca. 327 000. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von jetzt 4,2%. Die Tendenz ist weiter steigend.

Zu dem Zuwachs trug vor allem der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften (siehe oben) und von Asylsuchenden bei. Ein Drittel der neuen Asylsuchenden des Jahres 1989 (ca. 21 000) kam aus Rumänien, weitere bedeutende Teile kamen aus der Türkei und dem Iran.

Auch hier gilt wiederum, daß eine mögliche Zunahme des Anteils von Personen aus Osteuropa an der Wohnbevölkerung wegen fehlender Differenzierung statistisch nicht belegt werden kann.

### Übersicht 3: Abhängig beschäftigte Ausländer in Wien

Nationalität	1989*		1990 (I)*		1990 (II)**	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<i>Ausländerbeschäftigung insgesamt</i>	69 963	100	76 949	100	78 691	100
darunter:						
Osteuropäische Staaten	3 644	5,2	4 977	6,5	6 102	7,8
davon:						
Bulgarien	111	0,2	133	0,2	159	0,2
Polen	2 222	3,2	2 841	3,7	3 272	4,2
Rumänien	109	0,2	141	0,2	358	0,5
Tschechoslowakei	347	0,5	473	0,6	744	0,9
UdSSR	80	0,1	86	0,1	98	0,1
Ungarn	775	1,1	1 303	1,7	1 471	1,9

\*) jeweils Februar

\*\*\*) Juni

Quelle: Auszählung aus ABB-Statistikbestand (Wien) hektographiert, o. O., o. J.

#### 2.3.3 Ausländerbeschäftigung

Bei stark ansteigenden Tendenzen erreichte die abhängige Beschäftigung von Ausländern Ende des Jahres 1989 einen Bestand von ca. 179 400. Im Jahresdurchschnitt waren es 167 400. Gleichzeitig sind – bei allerdings nicht ausreichender Differenzierung nach einzelnen Nationalitäten – keine Hinweise daraufhin abzuleiten, daß die starke Zuwanderung von Osteuropäern in den letzten Jahren sich in legalen Beschäftigungsverhältnissen niedergeschlagen hätte. Stark zugenommen hat v. a. hierbei wiederum die Beschäftigung von Türken und Jugoslawen, wohingegen die „Sonstigen“, bei denen die Osteuropäer miteinfaßt sind, im Anteil an der Gesamtbeschäftigung nur leicht gestiegen sind (vgl. BMAS 1989).

Eine genauere Differenzierung ist jedoch für die Beschäftigungszahlen der Stadt Wien möglich. Eine Sonderauszählung aus dem Gesamtbestand der abhängig beschäftigten Ausländer in Wien (Beschäftigungsbewilligung und Befreiungsscheine) im Jahresvergleich 1989/1990 zeigt Übersicht 3.

Zumindest für die Stadt Wien scheint somit eine gewisse Zunahme der Bedeutung der Arbeitnehmer aus Osteuropa für die Gesamtbeschäftigung zu verzeichnen zu sein, und zwar v. a. durch die Arbeiter aus Polen und Ungarn.

Allerdings dürfte Wien für die Gesamtsituation nicht unbedingt repräsentativ sein, da es als Großstadt und aufgrund seiner räumlichen Nähe zu den Grenzen der osteuropäischen Nachbarstaaten vorrangige Adresse für Arbeitssuchende aus diesen Staaten ist.

Aussagen zur Betroffenheit von *Arbeitslosigkeit* lassen sich für diese „neuen“ Ausländernationalitäten wegen mangelnder statistischer Informationen wiederum nicht machen.

#### 2.4 Zwischenfazit

Die Zuwanderung aus Osteuropa hat nach den hier dargestellten Informationen sowohl in Deutschland als auch in Österreich deutlich zugenommen. Sie scheint jedoch bei weitem nicht die Größenordnung zu haben, die man bei dem Umfang der öffentlichen Diskussion vermuten könnte. Allerdings dürfte die in den amtlichen Statistiken erfaßte Entwicklung nicht die ganze Breite dieses Phänomens darstellen. Die politischen, wirtschaftlichen und

sozialen Veränderungen in Osteuropa vollziehen sich in einer immensen Geschwindigkeit, wie die letzten Monate gezeigt haben. Die Auswirkungen auf die Wanderungsprozesse dürften beträchtlich sein. Man muß deshalb davon ausgehen, daß die verfügbaren Daten wichtige Aspekte dieser Entwicklungen nicht darstellen können. Abgesehen von der Aktualität der Informationen sind bestimmte Facetten nicht erfaßt oder erfaßbar, wie z. B. die Bedeutung der Saisonarbeit, Ferienarbeit, Fragen der Entwicklung von Beschäftigungsverhältnissen in grenznahen Räumen oder die Schwarzarbeit in diesem Zusammenhang. Auch Fragen zum „Umschlag“ (Austauschprozesse, Dauer des Aufenthalts) oder zur Weiterwanderung (Deutschland und Österreich als Durchgangsstationen) können derzeit nicht beantwortet werden.

#### 3 Exkurs: Ausländer in den osteuropäischen Staaten

Das Phänomen der Ausländerzuwanderung ist auch in den osteuropäischen Ländern nicht gänzlich unbekannt. Ein Teil dieser Zuwanderung ist begründet durch Familienzuwanderung (bei Heirat). Der überwiegende Teil der Ausländer kam – soweit nachvollziehbar – zum Zwecke der Beschäftigung im Rahmen von zwischenstaatlichen Vereinbarungen. Typisch für die Situation in den RGW-Ländern scheint das Beispiel der *bisherigen DDR* zu sein, das hier kurz skizziert werden soll. Dort gab es über die ganzen Jahre hinweg nur wenige Einwanderungen von Ausländern. Eine Ausnahme bildeten die Jahre 1988/1989, als ca. 80 000 Arbeiter aus Dritte-Welt-Ländern einreisten. Grundlage waren Regierungsabkommen, die die Bedingungen des Aufenthalts und der Beschäftigung einschließlich Entlohnung regelten. Die Beschäftigungsverhältnisse waren grundsätzlich auf fünf Jahre begrenzt. Zum Teil umfaßten die Regelungen auch Vereinbarungen zur beruflichen Ausbildung der ausländischen Beschäftigten (vgl. Speigner/Dorbritz 1990).

Im Jahre 1989 lebten ca. 190 000 Ausländer in der DDR (Ausländeranteil 1,1%), die Hälfte davon auf der Basis der erwähnten Regierungsabkommen. Die andere Hälfte war aufgrund von Studienverträgen, Außenhandelsabkommen und Eheschließungen ins Land gekommen (vgl. Kirilov 1990).

Ein Großteil der über Regierungsabkommen beschäftigten Ausländer waren Vietnamesen (60 000); weitere Gruppen

stammten aus Mocambique (16 000), Kuba (9000), Polen (7000), Angola und China (je 1000) (Kirilov 1990, S. 7).

Die Beschäftigung der Ausländer konzentriert sich auf wenige Regionen bzw. Städte: 50% aller Ausländer arbeiteten in den vier Bezirken Chemnitz, Dresden, Berlin (Ost) und Leipzig.

Die Anzahl der Ausländer hat sich innerhalb eines Jahres nach Öffnung der Mauer deutlich verringert: Anfang Oktober 1990 lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur noch 175 000 Ausländer. Mit einem weiteren deutlichen Rückgang muß gerechnet werden, da die frühere DDR-Regierung bereits im Mai 1990 mit den drei Staaten Vietnam, Mocambique und Angola Rückkehrregelungen für Beschäftigte aus diesen Staaten vereinbart hat. Übergangsgeld, Eingliederungsgeld und Übernahme der Reisekosten sind Bestandteile dieser Vereinbarungen. Es konnte beobachtet werden, daß Betriebe versuchten, trotz laufender Arbeitsverträge zuallererst Ausländer zu entlassen. Da diese Ausländer aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse und wegen fehlender Lobby kaum in der Lage waren, sich gegen diese Entwicklung zu wehren, wurde in vielen Fällen die Kündigung hingenommen und die Rückreise angetreten. (In etlichen Fällen haben vietnamesische Beschäftigte aus der DDR allerdings bereits vor dem 3. Oktober in der Bundesrepublik Asyl beantragt.)

Ein Faktor, der die Rückkehr verstärkt haben dürfte, ist eine in der ehemaligen DDR zunehmende Ausländerfeindlichkeit. Daß diese bei den geringen Zahlen von Ausländern überhaupt entstehen konnte, ist auf die hohe örtliche Konzentration, die geringe Integration (Unterbringung in Wohnheimen!), die in der bisherigen DDR fehlende Diskussionsmöglichkeit über Fragen der Ausländerpolitik (Tabuthema!) und auf Besonderheiten bei der „Anwerbung“ der Ausländer zurückzuführen. Laut Kirilov (1990, S. 8) waren 1987/88 quasi „über Nacht“ fast 60 000 Vietnamesen eingeflogen worden, ohne daß die Öffentlichkeit oder z. T. auch die Betriebe darauf vorbereitet gewesen wären.

Auch in *anderen RGW-Ländern* ist das Phänomen der Ausländerbeschäftigung auf der Basis von Regierungsabkommen zu finden. Salt (1989, S. 446) weist darauf hin, daß bereits 1976 zwischen der *Tschechoslowakei* und *Zypern* ein Vertrag zur Beschäftigung von 1500 Zyprioten geschlossen wurde. 1990 gab es nach Paroubek (1990, S. 22) in der CSFR 64 000 ausländische Beschäftigte (davon 35 000 aus Vietnam), deren Verträge demnächst auslaufen werden. Sie dürften kaum verlängert werden. Bis 1995 sollen nach den Planungen alle Ausländer in ihre Heimatländer zurückgekehrt sein.

In *Ungarn*, das sich für die Bewohner der osteuropäischen Staaten in den letzten Jahren zum „Tor in den Westen“ oder zumindest als beispielhafte „Wohlstandinsel“ entwickelt hatte, hat es offensichtlich in der jüngeren Vergangenheit in einem gewissen Ausmaß Zuwanderung gegeben, wohl überwiegend aus Polen, aber auch aus anderen Staaten. Es sollen dort 100 000 Ausländer aus osteuropäischen und z. B. auch aus arabischen Ländern ohne „geregelten Aufenthaltsstatus“, also illegal, leben (vgl. Frankfurter Rundschau v. 10. 10. 90). Gegen solche Gruppen wurden

<sup>5</sup> Verordnung über Ausnahmeregelungen für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis an neu einreisende ausländische Arbeitnehmer (Anwerbestoppausnahmeregeln) vom 21. 12. 1990, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Nr. 73, vom 29. 12. 1990 (hier: § 6).

in den letzten Monaten mehrfach Razzien durchgeführt, um illegale Ausländer in ihre Heimatländer abschieben zu können.

Insgesamt ist, wie die Beispiele der ehemaligen DDR und der CSFR zeigen, damit zu rechnen, daß aufgrund der in den osteuropäischen Staaten zunehmenden Arbeitsmarktprobleme zuallererst die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ausländer abgebaut werden. Zumindest ein Teil dieser Ausländer wird versuchen, statt dessen in westeuropäischen Ländern eine Beschäftigung zu finden.

#### **4 Zuwanderungsdruck aus Osteuropa und Arbeitskräftebedarf im Westen: Neue und erweiterte Zugangsmöglichkeiten zu einer Beschäftigung in Deutschland oder Österreich?**

##### **4.1 Deutschland**

In Richtung auf neue Zugangsmöglichkeiten zu einer Beschäftigung von Arbeitskräften aus Osteuropa sind in den letzten Monaten in der Bundesrepublik Deutschland einige neue Vereinbarungen geschlossen bzw. Änderungen von bisherigen Regelungen getroffen worden. Da dies zumindest in Ansätzen eine neue Perspektive anzudeuten scheint, werden diese Regelungen hier skizziert.

Es handelt sich v. a. um folgende Teilbereiche:

- Gastarbeiter-Vereinbarungen
- Grenzgänger-Regelungen
- sektorspezifische Anwerbung
- Kontingenterhöhung bei Werkverträgen.

*Gastarbeiter-Vereinbarungen* wurden abgeschlossen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn (18. 12. 89) und mit Polen (7. 6. 90). Eine ähnliche Vereinbarung mit der Tschechoslowakei dürfte in Kürze erfolgen. Es wird dadurch für jeweils beide Seiten die auf zwölf bis maximal 18 Monate befristete Beschäftigung von Arbeitskräften des anderen Landes ermöglicht. Der Umfang wurde auf 1000 (Polen) bzw. 500 (Ungarn) Beschäftigte für jede Seite beschränkt. Zielsetzung ist, die Erweiterung der beruflichen und sprachlichen Kenntnisse zu ermöglichen (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1990 a und 1990 b).

Die Bundesregierung hat Anfang September 1990 in einer neuen *Grenzgänger-Regelung* die Möglichkeit geschaffen, zum Zwecke einer Beschäftigung in Landkreisen entlang der tschechischen Grenze die Arbeitserlaubnis für unselbstständig Erwerbstätige zu erteilen. Voraussetzung ist, daß der dauernde Aufenthalt in der CSFR beibehalten wird und daß die Arbeitnehmer täglich an ihren Wohnort zurückkehren bzw. sich höchstens zwei Tage in der Woche am Arbeitsort in Deutschland aufhalten (vgl. Süddeutsche Zeitung v. 1.12. 9. 90). Eine generelle Regelung, die sich erweiternd v. a. auf die Grenzgängerbeschäftigung entlang der polnischen Grenze auswirken dürfte, ist mit der neuen Anwerbestoppverordnung am 1. 1. 1991 in Kraft getreten<sup>5</sup>.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Jahren v. a. von Arbeitgeberseite immer wieder gefordert, für bestimmte *Branchen* Ausnahmen vom generellen Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte zuzulassen. Für den Bereich der Kranken- und Altenpflege wurden solche Ausnahmen jetzt gemacht. Absprachen zum Verfahren hierzu gibt es bisher nur mit der jugoslawischen Regierung. Es war jedoch beabsichtigt gewesen, auch aus anderen osteuropäischen Staaten Krankenpflegepersonal anzuwerben (vgl. Bundesanstalt für Arbeit 1990 c).

Für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft waren in den vergangenen Jahren bereits Ausnahmen für eine befristete Beschäftigung als Ernte- und Forsthelfer gemacht worden. Diese auf drei Monate befristete Beschäftigungsmöglichkeit für Ausländer ist als generelle Regelung im Rahmen der Novellierung der Arbeiterlaubnisverordnung ebenfalls zum 1.1. 1991 wirksam geworden<sup>6</sup>.

Regierungsabkommen mit osteuropäischen Staaten zur Ermöglichung einer Beschäftigung im Rahmen von *Werkverträgen* existieren schon seit längerer Zeit. Aufgrund von solchen Werkverträgen können ausländische Firmen mit eigenen Fachkräften im Bereich der Bundesrepublik Deutschland Arbeiten ausführen. Hierzu sind Höchstkontingente festgelegt, bis zu denen eigene Fachkräfte beschäftigt werden können. Die *Kontingente* wurden inzwischen auf ca. 70 000 Beschäftigte *erhöht*. Derzeit sind nicht ganz 35 000 Arbeitnehmer aus osteuropäischen Staaten im Rahmen von Werkverträgen beschäftigt. Andere Länder werden wahrscheinlich im Laufe der nächsten Monate in diese Regelungen einbezogen, und die Kontingente dürften weiter angehoben werden.

Bei den hier dargestellten neuen bzw. erweiterten Regelungen geht es rein zahlenmäßig nicht um allzu bedeutende Größenordnungen. Doch haben offensichtlich die Entwicklung des Wanderungspotentials im Osten wie auch die der eigenen Arbeitskräfte in Deutschland eine Reaktion bewirkt, die als Signal für die Zukunft verstanden werden könnte. Es handelt sich nicht nur um Kanalisierungsversuche der großen „Druckverhältnisse“; die Akzeptierung einer Mitverantwortung für die Entwicklung in Osteuropa mag möglicherweise im Hintergrund stehen. Gleichzeitig wird stärker als bisher versucht, eine – befristete – Beschäftigung von Ausländern über eine Verbesserung ihrer Qualifikation als Potential zur Entwicklung der Wirtschaft in ihrem eigenen Land zu nutzen (vgl. Fuchs 1990, S. 9, Heyden 1990, S. 9 und 15).

#### 4.2 Österreich

In Österreich sind solche neuen Regelungen für Beschäftigte aus Osteuropa noch nicht entstanden. Die Diskussion über eine Erleichterung der Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitskräften aus Osteuropa wurde jedoch im Zusammenhang mit der Novellierung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes sehr intensiv geführt (vgl. z. B. Bauböck 1990, Leutner 1990, und auch Faßmann/Münz 1990). Daneben ist eine Art Gastarbeiter-Vereinbarung mit der ČSFR, mit ähnlichen Zielsetzungen wie oben geschildert, im Gespräch (vgl. Biffel 1990 b). Auch die Schaffung eines besonderen Grenzgängerstatuts wird diskutiert.

### 5 Migrationsbewegung zwischen Ost- und Westeuropa: Gründe und Perspektiven

#### 5.1 Gründe für die Wanderungen aus Osteuropa

##### 5.1.1 Autonome versus arbeitsmarktinduzierte Wanderungen

Bei der Diskussion über die Gründe für die Entstehung von Wanderungsprozessen muß vorweg unterschieden werden, um welche Arten von Wanderungen es sich handelt. Zu

unterscheiden sind prinzipiell zwei Arten, die autonomen und die arbeitsmarktinduzierten Wanderungen. Unter autonomer Wanderung versteht man diejenigen Migrationen, die in keinem Zusammenhang stehen mit der Erlangung eines Arbeitsplatzes oder einer anderen Form der Sicherung des Lebensunterhalts etc. Hier wären Alten-, Bildungswanderungen, Familienzusammenführungen und politisch begründete Wanderungen zu nennen (vgl. Prognos AG 1990).

Bei den arbeitsmarkt- oder wirtschaftlich begründeten Wanderungen geht es um das Erzielen von Arbeitseinkommen, bzw. um Gründe, die in Unterschieden des Einkommensniveaus oder der Arbeitsbedingungen liegen.

##### 5.7.2 Autonome Wanderungen

In der Gruppe der autonomen Wanderungen aus Osteuropa dürften Gründe, die in hohem Alter liegen oder im Wunsch, Schulen oder Universitäten im Westen zu besuchen, oder auch Familienzusammenführungen bisher (noch) keine allzu große Rolle gespielt haben.

Anders verhält es sich bei den politisch motivierten Wanderungen, zu denen zumindest teilweise auch die Aussiedler-Wanderungen gerechnet werden müssen. Änderungen der politischen Systeme in den osteuropäischen Ländern lassen dabei zwar die allgemein-politischen Begründungen für das Verlassen des Heimatlandes tendenziell an Bedeutung verlieren. Andere politische Aspekte als Auslöser für neue Wanderungsbewegungen traten aber in den letzten Wochen und Monaten mehr und mehr in den Vordergrund: Die interne Umstrukturierung der Sowjetunion und die Verselbständigung ihrer einzelnen Republiken lösen politische und ökonomische Prozesse aus, die den Wanderungsdruck erheblich verschärfen können.

Aufbrechende Minoritätenprobleme, auch die Verdrängung von Russen aus den verschiedensten Sowjetrepubliken, haben bereits neue Migrationsbewegungen in Gang gesetzt. Für die Sowjetunion ist die Minoritätenproblematik ein besonderes Spezifikum. Es gibt in der UdSSR mindestens 140 Völker und Völkerschaften (vgl. Mark 1989). Deren Bevölkerungsanzahl ist z. T. extrem unterschiedlich groß, z. B. Russen mit (1989) 145 Millionen, weitere 22 Bevölkerungsgruppen mit mehr als einer Million Menschen, oder zahlreiche kleine Völkerschaften von weniger als 100 000 Menschen (vgl. Sheehy 1990). Diese Bevölkerungsgruppen leben nur in Ausnahmefällen als dominante Gruppen in einer Republik. Die großen Nationalitäten wie Russen, Ukrainer, Usbeken bilden außerhalb ihrer Titularrepubliken bedeutende Minderheiten. Die Kasachen wiederum haben in Kasachstan nur einen Anteil von (1989) ca. 40% (Brown 1990). Andererseits leben Russen in zahlreichen Unionsrepubliken in bedeutenden Größenordnungen. So hatte die russische Bevölkerung in Kasachstan mit 6,2 Millionen einen Anteil von 38% an der Gesamtbevölkerung, in Usbekistan mit 1,7 Millionen einen Anteil von 8,3% oder in Kirgisien mit 916 000 von 21% (vgl. Brown 1990).

Die politischen Umstrukturierungen in der Sowjetunion haben v. a. in den letzten Monaten dazu geführt, daß die einzelnen Unionsrepubliken sich mehr und mehr politisch und ökonomisch von der Zentralmacht in Moskau unabhängig zu machen versuchen. Dies wirkt sich auch als Homogenisierungsprozeß innerhalb der Republiken aus. Minderheiten werden in ethnischen Konflikten gewaltsam vertrieben oder sie werden verdrängt durch die Tatsache,

<sup>6</sup> Neunte Verordnung zur Änderung der Arbeiterlaubnisverordnung v. 21. 12. 1990, Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Nr. 73, v. 29. 12. 1990, betreffend § 1, Absatz 3 der Arbeiterlaubnisverordnung.

daß sie sich benachteiligt fühlen im politischen oder ökonomischen Bereich. Historisch bedingte Konflikte kommen hinzu (z. B. zwischen Armeniern und Aserbeidschanern, zwischen Meschetern und Usbeken, oder zwischen Abchasen und Georgiern). Dadurch hat sich die Zahl der Flüchtlinge stark erhöht. Nach internen Schätzungen gab es innerhalb der Sowjetunion Ende September 1990 600 000 Flüchtlinge (vgl. *Ekonomika i zizn'* 1990). Diese Zahl umfaßt vermutlich aber nur einen Bruchteil der vom ethnischen Verdrängungs- und Bereinigungsprozeß erfaßten Menschen. Von diesem Prozeß sind nicht zuletzt die Russen betroffen. 25 Millionen Russen leben außerhalb Rußlands, mehr als 10 Millionen in den südlichen Republiken wie Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien (vgl. Sheehy 1989.1). Dort hatten sie bisher als Fachkräfte eine eher privilegierte Stellung inne, die ihnen zunehmend streitig gemacht wird. Die Folge sind zahlreiche Abwanderungen in die nördlichen Republiken, die ihrerseits sich wiederum gegen eine zu starke Einwanderung von Russen wehren (vgl. Sheehy 1989.2). Betroffen sind aber auch zahlreiche andere Gruppen, die in den besser entwickelten Republiken ihre Chancen zu suchen versuchen.

Für diese Personen sind jedoch Umzüge in andere Republiken häufig mit dem Verlust ihrer Grundrechte verbunden. Denn in der Sowjetunion existiert nach wie vor ein System interner Pässe, das eine örtlich gebundene Aufenthaltserlaubnis beinhaltet. Unerlaubter Ortswechsel kann insofern ein Abgleiten in einen faktischen Flüchtlingsstatus bedeuten, mit politischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen (vgl. *The Economist* 1990, Sheehy 1989.2).

Diese Entwicklungen erhöhen auch den Druck zur Auswanderung in andere Staaten. So sind im Jahre 1990 vermutlich weit mehr als 400 000 Personen ausgewandert. Ein größerer Teil hiervon dürften Juden, Deutsche, Armenier und Griechen gewesen sein. Von den Auswanderern waren fast 70% Erwerbstätige, ein Großteil Hochqualifizierte oder Facharbeiter. Ein Drittel war jünger als 18 Jahre (vgl. *Ekonomika i zizn'* 1990). Der mit dieser Abwanderung verbundene Brain-Drain-Effekt könnte sich für die Zukunft sehr negativ auf die Entwicklung der UdSSR auswirken, insbesondere auf die Entwicklung derjenigen Republiken, auf die sich die Auswanderung konzentriert.

Diese am Beispiel der Sowjetunion dargestellten Tendenzen gelten auch für andere Länder Ost- und Südosteuropas. Homogenisierungstendenzen sind auch z. B. in Polen beobachtbar (betreffend Ukrainer in Nordwest- und Südostpolen), in Bulgarien (betreffend Türken in Südbulgarien), in Rumänien (betreffend Deutsche und Ungarn), in der ČSFR (Verhältnis von Tschechen und Slowaken im Gesamtstaat) oder in Jugoslawien.

### 5.1.3 Arbeitsmarktinduzierte Wanderungen

Diese beispielhaft erläuterten Tendenzen werden durch die ökonomischen Konsequenzen der politischen Umstrukturierungen gefördert und verstärkt. Und diese ökonomischen Aspekte bilden auch den entscheidenden Hintergrund für die tatsächlichen bzw. potentiellen Wanderungsprozesse in den meisten Ländern Osteuropas.

Bei den ökonomisch induzierten Wanderungen liegen die Schwerpunkte der Ursachen entweder im Heimatland oder im Zielland. (Zu den theoretischen Aspekten der „push/pull“-Diskussion vgl. z. B. Schmid 1989, Straubhaar 1988, Werner 1990.) Letztlich geht es jedoch nicht alleine um die eine oder andere Seite, sondern um *Unterschiede* im Ein-

kommens- oder Wohlstandsniveau bzw. der wirtschaftlichen *Entwicklung*. (Zur Einschätzung der ökonomischen Entwicklungsperspektiven in den osteuropäischen Ländern vgl. im einzelnen u. a.: EG-Kommission 1990, ECE 1990.)

### 5.1.4 Schlußfolgerungen

1. Über lange Jahre hinweg waren Abwanderungen bzw. die Wünsche zur Abwanderung aus Osteuropa sicher zu einem Großteil politisch begründet, d. h. in den Unterschieden der politischen Systeme. Für einen Teil dieser Länder gilt dies noch heute. Gleichzeitig waren für den Teil der Personen, der die Auswanderung tatsächlich realisieren konnte, auch die ökonomischen Unterschiede mitentscheidend. Dies gilt z. T. auch für Aussiedler.

2. Für die in der jüngsten Zeit verstärkt zunehmenden Abwanderungen aus Osteuropa und für die Erhöhung des Wanderungspotentials ist das Bevölkerungswachstum in Osteuropa keine ausreichende Erklärung. Wie in Tabelle 11 gezeigt wird, ist die Bevölkerungsentwicklung in diesen Ländern durchaus nicht so hoch, daß hieraus ein großer Druck hätte entstehen können (vgl. auch Hoffmann-Nowotny 1990). Dies gilt letztlich auch für die UdSSR, obwohl hier das Bevölkerungswachstum in den einzelnen Republiken sehr unterschiedlich ist: In den europäischen Republiken wuchs die Bevölkerung im Schnitt der letzten zehn Jahre zwischen 0,4% (Weißrußland) und 0,7% (Rußland), in Kasachstan jedoch um 1,3% oder in Usbekistan um 2,9% (vgl. Sheehy 1990).

Auch der Vergleich der Hauptaltersgruppen (unter 15-jährige, 15- bis 64-jährige, Ältere) der osteuropäischen und der westeuropäischen Bevölkerungen gibt keine Hinweise darauf, daß in der jüngeren Vergangenheit der Altersaufbau der Bevölkerungen in Ost und West sich wesentlich voneinander entfernt hätte (vgl. Tabelle 12).

3. Die Zunahme der Zuwanderung nach Westeuropa liegt also letztlich wohl in folgenden Fakten begründet:

Die politische Liberalisierung in Osteuropa *macht Abwanderung erst jetzt in größerem Umfang auch ohne politische Konsequenzen möglich*. Gesetze zur Begründung der Reisefreiheit wurden eingeführt bzw. die Einführung steht kurz bevor (wie in der UdSSR). Der politisch begründete Stau der Auswanderung kann sich erst jetzt auflösen.

Die *Informationsfreiheit* verbessert den Überblick über die Einkommenssituation und die Beschäftigungschancen in anderen Ländern. *Reiseerleichterung*, manchmal *geringe Entfernungen* und z. T. *bereits bestehende verwandtschaftliche Beziehungen* unterstützen diese Versuche. Solche Beziehungen bestehen seit langem z. B. zwischen Polen und Deutschland (v. a. zu den Nachfahren von bereits seit Ende des letzten Jahrhunderts in das Ruhrgebiet Einwanderten) oder zwischen Polen bzw. Rußland und Frankreich. Das Phänomen der Kettenmigration, aus der Migrationsforschung wohlbekannt, wird auch in den neuen Prozessen von Bedeutung sein. Je mehr Personen also ausgewandert sind, desto bessere Informationen fließen zurück, und um so besser können sich weitere potentielle Auswanderer auf eine mögliche Übersiedlung vorbereiten bzw. diese ausführen.

Das enorme und eher noch zunehmende Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost wird auch in Zukunft starke Sogkraft ausüben. Wie groß die Unterschiede in Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sind, zeigt Tabelle 13.

## 5.2 Perspektiven für Wanderungen zwischen Ost und West

Das bisher Gesagte deutet die wahrscheinliche Entwicklung für die nächsten Jahre an:

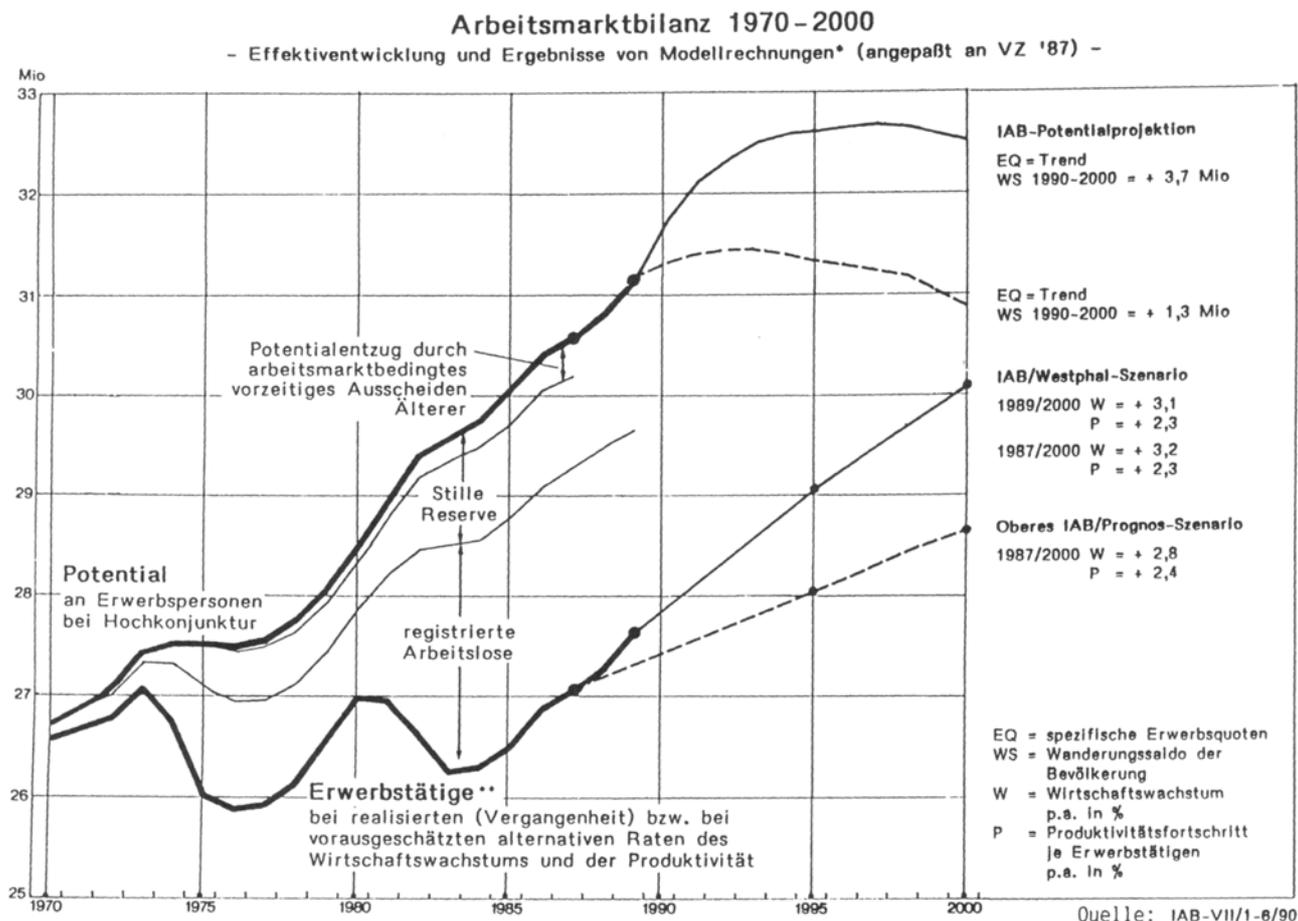
Die zukünftigen Wanderungen werden – wenn überhaupt – nur zu einem geringen Ausmaß in der demographischen Entwicklung der osteuropäischen Länder begründet liegen.

Die bisherige systembedingte Arbeitskräfteknappheit in den meisten Staaten des RGW wird durch die ökonomischen Reformprozesse und die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung umschlagen in eine Tendenz rapider Zunahme von Arbeitslosigkeit. Die faktische Unterbeschäftigung vieler Arbeitskräfte (labour hoarding) wird offensichtlich werden, die Überbesetzung mit Personal in den administrativen Bereichen der Betriebe wird abgebaut werden, der Wettbewerb mit ausländischen, westlichen Anbietern wird zunächst zu Entlassungen führen, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch notwendige technische/organisatorische Rationalisierungsmaßnahmen der Produktionsabläufe wird in den nächsten Jahren die Beschäftigung eher reduzieren, da die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kaum in dem erforderlichen Umfang steigen wird, um diese Effekte ausgleichen zu können. Begleitet wird dies sein von einer deutlichen Umstrukturierung der Produktions- und Beschäftigungsstrukturen. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, daß für 1991 mit einer Arbeitslosigkeit von 6-10% zu rechnen ist (vgl. ECE 1990). Dabei wird es aufgrund der notwendigen Strukturanpassungen in diesen Ländern nicht bleiben.

Zu welchen Ausmaßen diese Entwicklung führen kann, wird am Beispiel der Situation im neuen Ostteil Deutschlands derzeit drastisch vor Augen geführt. Schon jetzt sind dort 790 000 Personen arbeitslos (Februar 1991). Zusätzlich stehen ca. 1,9 Millionen Arbeitskräfte in Kurzarbeit (davon über die Hälfte mit einem Arbeitsausfall von 50% und mehr). Eine Alternative zu den Umstrukturierungsprozessen gab es für die bisherige DDR jedoch nicht, und wird es letztlich auch für die osteuropäischen Länder nicht geben.

Allerdings haben die osteuropäischen Länder bessere Chancen als sie für die ehemalige DDR gegeben waren, ihre wirtschaftliche Umstrukturierungspolitik außenwirtschaftlich abzusichern. Andererseits wird das für den wirtschaftlichen Umbau benötigte Investitionskapital nicht in dem gleichen Umfang wie bei der früheren DDR zur Verfügung stehen. Es geht hier letztlich um ganz andere Größenordnungen bei gleichzeitig ungünstigeren Standortbedingungen für notwendige Investitionen, als es in den neuen Ostländern Deutschlands gegeben ist.

Gleichzeitig wird das eigene Arbeitskräfteangebot in den westlichen Ländern zurückgehen. Die folgende Graphik verdeutlicht dies am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Auch für Österreich gilt dieser Trend. Aufgrund dieser Entwicklung wird in einem gewissen Umfang Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften entstehen. Wegen der Gleichgerichtetheit der Entwicklung der Bevölkerung



\* Potential: Vorläufige Ergebnisse einer IAB-Projektion des Erwerbspersonenpotentials auf Basis 1987

\*\* Erwerbstätige: Ergebnisse des IAB/Westphal-Szenarios 2000 auf Basis 1989 und des oberen IAB/Prognos-Szenarios 2010 auf Basis 1987

\*\* In der Vergangenheit: Erwerbstätige + gesamtwirtschaftlich sofort besetzbare offene Stellen = Arbeitskräftebedarf (nur mit höherem Wirtschaftswachstum und anderem Produktivitätsfortschritt zu vereinbaren)

und des Erwerbspersonenpotentials in Westeuropa wird diese Nachfrage in den westlichen Ländern kaum gedeckt werden können (vgl. Prognos AG 1990). Daher wird ein gewisser Sog auch auf Arbeitskräfte von außerhalb Westeuropas entstehen. Gleichzeitig aber wird die Konkurrenz um solche Arbeitsplätze in Zukunft eher größer werden. Schon jetzt drängen vermehrt Arbeitskräfte z. B. aus den südlichen Mittelmeerländern in die EG.

*Einkommensdisparitäten* werden sich erst einmal auf mittlere Sicht zwischen Ost und West *vergrößern*.

Bisher sind die *Systeme der sozialen Sicherung* in den Ländern Osteuropas noch zu *wenig ausgebaut*, um z. B. Einkommensverluste bei Arbeitslosigkeit ausreichend abfedern zu können. Dies wird sich auf mittlere Sicht wegen der schwierigen Finanzierungsmöglichkeiten im Umstrukturierungsprozeß nicht wesentlich ändern können, auch wenn -- wie dies in einzelnen Ländern bereits geschieht -- Arbeitslosenversicherungssysteme aufgebaut werden.

Diese Entwicklungen werden das ökonomisch begründete Wanderungspotential deutlich ansteigen lassen. Die Realisierungsversuche werden sich in erster Linie erst einmal auf die jeweiligen Nachbarstaaten richten. Dies wären neben Deutschland und Österreich auch Italien und Finnland. Auf längere Sicht werden aber auch die anderen westeuropäischen bzw. westlichen Industriestaaten von dieser Entwicklung berührt werden.

Größenordnungen des Wanderungspotentials oder gar zu erwartender tatsächlicher Wanderungen lassen sich wissenschaftlich fundiert nicht ableiten. Zu unsicher sind die künftigen Rahmenbedingungen der politischen und ökonomischen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern. Daß es sich dabei aber um relevante Größenordnungen handeln wird, steht allerdings aufgrund der dargelegten Fakten außer Frage.

Letztlich kann die Konsequenz aus allen Überlegungen nur sein, daß wegen des Ausbaues politischer und wirtschaftlicher Beziehungen in Europa und wegen der Entwicklungen des eigenen Erwerbspersonenpotentials wie auch der eigenen Bevölkerung insgesamt sich die *westlichen Länder* gegen Zuwanderungen aus dem Osten nicht völlig werden abschotten können oder wollen. Ein Umdenken hinsichtlich einer *kontrollierten Einwanderungspolitik* wird nicht zu umgehen sein. An welchen Kriterien eine Einwanderungspolitik orientiert werden muß, wird sorgfältig diskutiert werden müssen (wesentliche Argumente dieser notwendigen Diskussion sind zusammengefaßt in Mertens 1989 und Reuter 1989). Wie schwierig es sein dürfte, das Geflecht der verschiedenen Einflußfaktoren bei einer Einwanderungspolitik zu berücksichtigen, wurde vor kurzem in einem Beitrag der OECD zu den Schwierigkeiten einer bevölkerungsorientierten Einwanderungspolitik dargestellt (vgl. Blot 1990).

Wichtige Ergänzungsstrategien müssen *gleichzeitig* verfolgt werden, z. B. auf dem Feld der internationalen Zusammenarbeit. Auch hier scheint sich aber bereits ein grundsätzliches Umdenken anzudeuten: Die im Herbst 1990 verabschiedete Flüchtlingskonzeption der Bundesregierung (vgl. BMI 1990) stellt hierin eine Mitwirkungsverpflichtung bei der Beseitigung der ökonomischen Ursachen fest. Ähnliches gilt auch für die anderen westlichen Industriestaaten, wie die Überlegungen der EG-Kommission, der OECD oder der Weltbank zeigen. Eine Antwort auf die Herausforderungen aus dem Umbau Europas und den

damit verbundenen Konsequenzen im Bereich der potentiellen Ost-West-Migration muß und kann gefunden werden.

## Literatur

- Bauböck, Rainer (1990): Kein Kurswechsel des ÖGB in der Ausländerpolitik. In: Kurswechsel 1/90
- Biffel, Gudrun (1990 a): Impulse für die Ostregion? Vortrag bei den burgenländischen Forschungstagen 1990, Manuskript
- Biffel, Gudrun (1990 b): SOPEMI-Report on Labour Migration, Austria, 1989/90, WIFO-Institut, Wien, September 1990
- Blaschke, Dieter (1990 a): Aussiedler und Übersiedler auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. In: Wirtschaftsdienst V/1990
- Blaschke, Dieter (1990 b): Sozialbilanz der Aussiedlung in den 80er und 90er Jahren, Deutsches Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen, copy (to be published)
- Blot, Daniel (1990): The Demographics of Migration. In: The OECD Observer, Nr. 163, April-May 1990
- BMAS (1989): Ausländerbeschäftigung 1989, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, o. O. (Wien), o. J. (1990)
- BMI (1990): Flüchtlingskonzeption, Pressedienst des Bundesministeriums des Innern, copy. Bonn, 25. 9. 90
- Brown, Bess (1990): Kazakhs Now Largest National Group in Kazakhstan. In: Report on the USSR, vol. 2, no. 18, May 4, 1990
- Bundesanstalt für Arbeit (1990 a): Dienstblatt-Runderlaß 34/90 (Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit) v. 23. 3. 90 (Betr.: Gastarbeiter-Vereinbarung mit Ungarn)
- Bundesanstalt für Arbeit (1990 b): Dienstblatt-Runderlaß 99/90 v. 16. 8. 90 (Betr.: Gastarbeiter-Vereinbarung mit Polen)
- Bundesanstalt für Arbeit (1990 c): Schnellbrief v. 26. 2. 90 (Betr.: Vermittlung jugoslawischen Kranken-/Altenpflegepersonals)
- Economic Commission for Europe (1990): Economic Bulletin for Europe, vol. 42, Nov. 1990 (see above all section „Eastern Europe and the Soviet Union“, pp. 12-19)
- Ekonomika i zizn' (1990): The socio-economic development in the USSR during the period January-September 1990, Moscow 1990 (43), pp. 14-18
- Faßmann, Heinz; Münz, Rainer (1990): Einwanderungsland Österreich? Gastarbeiter – Flüchtlinge – Immigranten, Institut für Demographie (Hrsg.), hektographiert, Wien
- Fuchs, Rainer (1990): Arbeitskräftewanderungen. In: Bundesarbeitsblatt Heft 9/1990
- Heyden, Helmut (1990): South-North Migration, Ninth IOM Seminar on Migration, 4-6 December 1990, Geneva (Document No. 2.2)
- Hönekopp, Elmar (1990): Migratory movements from countries of Central and Eastern Europe – the cases of Germany and Austria, contribution to the Council of Europe-conference on the movement of persons coming from Central and Eastern European countries (Vienna, 24-25 January 1991), Strasbourg 1991
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1990): Weltbevölkerung und Weltmigration – Eine zukunftsorientierte Analyse, copy, Zürich, 13. 1. 1990
- International Monetary Fund; The World Bank; OECD; European Bank, for Reconstruction and Development (1991). A Study of the Soviet Union (3 volumes), Paris
- Kirilov, Brigitte (1990): Ist die DDR ausländerfeindlich? – Ausländer, öffentliche Meinung und die Medien in der DDR, Manuskript, o. O.

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1990): Stabilisierung, Liberalisierung und Kompetenzverlagerung nach unten - Eine Bewertung der wirtschaftlichen Lage und des Reformprozesses in der Sowjetunion. In: Europäische Wirtschaft, Nr. 45, Dezember 1990
- Leutner, Richard (1990): Sozialpartnerschaft und Ausländerbeschäftigung. In: Kurswechsel 1/90
- Mark, Rudolph A. (1989): Die Völker der Sowjetunion, Opladen 1989
- Mertens, Dieter (1989): Wege aus der demographischen Krise - Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsmarkt. In: Blick durch die Wirtschaft, 30. 8. 89
- Paroubek, Peter (1990): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Osteuropa - Probleme und Tendenzen. Kurzberichte aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Dresden, hektographiert
- Prognos AG (Eckerle, Konrad, u. a.) (1990): Die Arbeitsmärkte im EG-Binnenmarkt bis zum Jahr 2000, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 138.1, Nürnberg
- Reuter, Edzard (1989): Alternde Bevölkerung - Schrumpfende Wirtschaft. In: Blick durch die Wirtschaft v. 18. 10. 1989
- Salt, John (1989): A Comparative Overview Of International Trends and Typs, 1959-1980. In: International Migration: An Assessment for the '90s, International Migration Review, 3/ XXIII
- Schmid, Hans (1989): Soll die Schweiz mit der EG Freizügigkeit für Arbeitnehmer vereinbaren? In: Außenwirtschaft, 44. year, II/1989
- Sheehy, Ann (1989.1): Russian Share of Soviet Population Down to 50.8 Percent. In: Report on the USSR, vol. 1, no. 42, October 20, 1989
- Sheehy, Ann (1989.2): 1989 Census Data on Internal Migration in the USSR. In: Report on the USSR, vol. 1, no. 45, November 10, 1989
- Sheehy, Ann (1990): Ethnic Muslim Account for Half of Soviet Population Increase. In: Report on the USSR, vol. 2, no. 3, January 19, 1990
- Speigner, W.; Dorbritz, J. (1990): Die Deutsche Demokratische Republik - Ein Ein- und Auswanderungsland?, Reihe Sozialpolitik konkret (Institut für Soziologie und Sozialpolitik der AdW), Berlin
- Straubhaar, Thomas (1988): On the economics of international labour migration, Bern/Stuttgart
- The Economist (1990): A rising tide that lifts no boat, December 1, 1990
- Werner, Heinz (1990): Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der EG-Binnenmarkt - Konsequenzen für den Arbeitsmarkt? In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 129, Nürnberg

## Tabellenanhang

Tabelle 1: Saldo der Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Grenzen der BR Deutschland nach ausgewählten Ländern, 1975-1989

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	SUMME
	001	002	003	004	005	006	007	008	009	010	011	012	013	014	015	016
Auslaender insgesamt	-233372	-127766	-29248	50364	179179	245591	85614	-111586	-151661	-213928	31513	130559	138352	288593	328863	611067
Europa insgesamt	-240430	-136170	-45188	26753	133826	190034	54216	-111669	-143512	-225680	-18401	53737	117136	246252	275107	176011
EG-12	-138126	- 88419	-41542	-18064	7135	12799	- 9332	- 58918	- 61022	- 54586	-21006	7955	18598	37875	31384	-375269
Oesterreich	- 3427	517	1539	1974	7639	7353	2016	- 1506	- 347	289	1293	2915	3772	4748	5097	33872
Jugoslawien	- 54455	- 33688	-16493	-12390	- 3840	806	- 6081	- 19003	- 19103	- 14389	- 8131	- 292	9734	29693	25527	-122105
Tuerkei	- 49914	- 24596	984	42939	105624	141671	13147	- 44139	- 72558	-179355	-13183	10227	20521	38526	48013	37907
Osteuropa	5572	9645	9639	11436	15518	30000	53976	11985	9480	22553	21520	31591	62906	133742	163333	592896
Bulgarien	81	108	143	135	205	376	273	149	159	131	178	310	252	459	1218	4177
Polen	2573	4891	4755	6486	7779	14273	43964	4416	4263	16134	15354	22511	47703	108537	117790	421429
Rumaenien	159	1222	2017	2486	2342	3276	3643	3232	2637	3146	3191	3719	6366	7793	10712	55941
Sowjetunion	1346	1889	968	833	1397	5401	565	491	287	264	207	314	2171	7807	22288	46228
Tschechoslowakei	814	728	832	848	1953	3498	3025	2718	1980	1818	1422	2125	2577	3425	5222	33035
Ungarn	599	807	874	648	1842	3176	2506	979	154	1060	1168	2612	3837	5721	6103	32086
Uebrigtes Europa	- 80	371	685	858	1750	- 2595	490	- 88	38	- 192	1106	1341	1605	1668	1753	8710
Afrika insgesamt	- 383	1126	2708	4496	7149	11136	8468	1656	- 2118	- 2096	5094	9146	3807	7746	15825	73760
Amerika insgesamt	1140	1062	2310	1115	3935	5743	2736	- 696	469	841	3211	2520	2076	3925	4254	34641
Asien insgesamt	5881	6003	11031	18035	34283	38304	20574	324	- 5561	13094	42297	64783	15427	30637	40182	335294
Australien und Ozeanien	- 165	- 30	- 25	26	176	- 39	- 541	- 1097	129	- 798	- 261	- 180	- 261	- 39	220	- 3061
Unbekanntes Ausland u. von See														72	- 6725	- 6653
Hauptwanderlaender (I,G,Y,P,E,T)	-244733	-151822	-66589	4501	94258	136044	-13800	-122738	-151639	-250618	-46989	9584	37607	92740	90679	-583515

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 2: Saldo der Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Grenzen der BR Deutschland nach ausgewählten Ländern, 1985-1989

	1985	1986	1987	1988	1989	SUMME
	001	002	003	004	005	006
Auslaender insgesamt	31513	130559	138352	288593	328863	917880
Europa insgesamt	-18401	53737	117136	246252	275107	673831
EG-12	-21006	7955	18598	37875	31384	74806
Oesterreich	1293	2915	3772	4748	5097	17825
Jugoslawien	- 8131	- 292	9734	29693	25527	56531
Tuerkei	-13183	10227	20521	38526	48013	104104
Osteuropa	21520	31591	62906	133742	163333	413092
Bulgarien	178	310	252	459	1218	2417
Polen	15354	22511	47703	108537	117790	311895
Rumaenien	3191	3719	6366	7793	10712	31781
Sowjetunion	207	314	2171	7807	22288	32787
Tschechoslowakei	1422	2125	2577	3425	5222	14771
Ungarn	1168	2612	3837	5721	6103	19441
Uebrigtes Europa	1106	1341	1605	1668	1753	7473
Afrika insgesamt	5094	9146	3807	7746	15825	41618
Amerika insgesamt	3211	2520	2076	3925	4254	15986
Asien insgesamt	42297	64783	15427	30637	40182	193326
Australien und Ozeanien	- 47	- 180	- 261	- 39	220	- 307
Unbekanntes Ausland u. von See				72	- 6725	- 6653
Hauptwanderlaender (I,G,Y,P,E,T)	-46989	9584	37607	92740	90679	183621

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 3: Zuzüge von Ausländern in die BR Deutschland aus ausgewählten Herkunftsländern 1975–1989 – Insgesamt – Relativwerte

	1975 ;	1976 ;	1977 ;	1978 ;	1979 ;	1980 ;	1981 ;	1982 ;	1983 ;	1984 ;	1985 ;	1986 ;	1987 ;	1988 ;	1989 015
	001	002	003	004	005	006	007	008	009	010	011	012	013	014	015
Auslaender insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europa insgesamt	84,7	84,8	84,5	83,5	82,3	82,3	81,2	76,3	74,6	73,9	68,0	66,6	80,0	82,9	82,7
EG-12	32,0	33,2	33,9	32,2	29,2	26,2	28,3	30,2	29,4	25,1	21,8	22,4	18,8	16,0	
Oesterreich	3,3	3,3	3,2	3,4	3,9	4,0	4,3	4,8	4,7	3,8	3,3	2,8	2,9	2,3	2,1
Jugoslawien	12,4	10,5	9,9	8,5	7,4	6,6	6,8	6,9	6,3	5,8	5,6	5,5	7,2	8,6	8,0
Tuerkei	26,9	27,3	27,1	28,7	31,5	33,6	16,8	13,3	10,2	10,3	11,9	13,0	14,0	12,1	11,2
Osteuropa	7,9	8,5	8,5	8,9	8,6	11,2	23,4	18,7	21,2	26,6	23,3	22,4	31,6	39,7	44,2
Bulgarien	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Polen	4,0	4,7	4,8	5,2	5,1	6,6	18,5	11,5	14,2	20,5	18,1	17,5	24,9	32,1	33,9
Rumaenien	0,9	0,8	1,0	1,0	0,8	0,9	1,1	1,7	1,7	1,6	1,4	1,3	1,9	1,7	1,9
Sowjetunion	0,5	0,7	0,4	0,4	0,4	1,0	0,3	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	1,0	2,1	4,3
Tschechoslowakei	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,4	1,8	2,7	2,7	2,3	1,9	1,7	1,8	1,8	2,1
Ungarn	1,0	1,0	1,0	0,9	0,9	1,1	1,5	2,0	1,8	1,7	1,4	1,4	1,8	1,9	1,8
Uebrigues Europa	2,2	2,1	1,9	1,8	1,6	0,8	1,7	2,4	2,7	2,3	2,1	1,8	1,9	1,4	1,2
Afrika insgesamt	2,4	2,6	2,7	2,9	2,8	3,3	3,7	4,5	4,6	4,5	4,9	4,9	3,5	3,1	3,6
Amerika insgesamt	5,9	5,5	5,1	4,7	4,2	4,0	4,8	7,1	8,3	7,1	6,4	5,5	5,4	4,2	3,8
Asien insgesamt	6,2	6,5	7,3	8,6	10,3	10,0	9,9	11,6	12,1	14,0	20,2	22,1	10,4	9,3	9,3
Australien und Ozeanien	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Unbekanntes Ausland u. von See														0,3	0,3
Hauptwanderlaender (I,G,Y,P,E,T)	62,4	62,1	62,0	60,9	59,8	57,9	42,0	38,8	34,8	31,6	30,9	32,0	35,5	33,4	29,5

ohne Zuzüge aus der DDR

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 4: Saldo der Zu- und Fortzüge von Deutschen in die/aus der BR Deutschland nach ausgewählten Ländern, 1977–1989

	Ausland insgesamt	Europa insgesamt	EG-12	Oester- reich	Jugo- slawien	Tuer- kei	Osteu- ropa	Bulga- rien	Polen	Ru- maenien	So- wjetunion	Tsche- choslo- wakei	Un- garn	Amerika	Afrika	Asien	Austra- lien und Ozea- nien
	001	002	003	004	005	006	007	008	009	010	011	012	013	014	015	016	017
1977	46163	45905	- 1234	- 447	- 116	41	48124	1	30247	8899	8441	479	57	- 2244	2913	- 348	- 76
1978	50487	49953	- 1521	- 433	- 47	333	52727	24	33849	9967	8142	674	71	- 1793	1752	623	- 105
1979	51562	47677	- 1112	- 465	- 48	470	50017	28	34759	7759	6461	848	162	- 2088	1578	2850	- 305
1980	51200	44324	- 491	- 639	- 53	459	46251	11	25043	13272	6434	1230	255	- 1663	754	1590	- 783
1981	49490	52752	- 1097	- 891	- 52	92	55937	8	44334	9520	3495	1035	275	- 2128	- 241	490	- 1621
1982	22110	28096	- 3120	- 931	- 149	- 147	34253	11	20761	10172	1971	1127	211	- 3046	- 685	48	- 2672
1983	18889	23682	- 4812	- 886	- 32	- 354	31702	8	15784	13817	1226	747	120	- 2810	- 87	- 325	- 1911
1984	19483	21530	- 3889	- 776	75	- 809	28704	27	13460	13813	717	588	99	- 2873	269	605	- 398
1985	24046	25253	- 2409	- 655	65	- 109	30016	9	16246	12759	409	436	157	- 2313	780	639	- 571
1986	29517	28691	- 951	- 429	158	78	31513	- 2	20098	10274	595	410	138	- 1432	1527	998	- 652
1987	53895	57003	- 3631	- 438	108	- 56	63077	16	39003	10615	12606	525	312	- 2630	913	58	- 818
1988	152546	151847	- 1773	- 300	308	91	155043	6	103898	8971	41137	532	499	- 699	738	500	- 639
1989	265099	293677	- 3029	- 536	1349	245	297239	63	191382	15199	88252	1286	1057	844	684	479	- 206
SUMME	834487	870390	-29069	-7826	1566	334	924603	210	588864	145037	179886	9917	3413	-24875	10895	8207	-10757

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 5: Zuzüge von Deutschen in die BR Deutschland nach ausgewählten Herkunftsländern 1977–1989 – Relativzahlen –

	1977 001	1978 002	1979 003	1980 004	1981 005	1982 006	1983 007	1984 008	1985 009	1986 010	1987 011	1988 012	1989 013
Ausland insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europa insgesamt	75,4	76,7	73,2	70,1	78,7	72,4	71,1	69,6	69,8	69,5	78,4	87,4	90,7
EG-12	17,9	17,2	16,8	17,5	17,0	20,9	22,0	22,8	22,9	23,2	17,0	9,6	5,8
Oesterreich	3,2	2,9	2,9	2,8	2,6	3,5	3,4	3,3	3,2	3,1	2,3	1,2	0,8
Jugoslawien	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,8	0,6	0,7	0,5	0,3	0,5
Tuerkei	0,7	0,9	0,8	0,8	0,6	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,7	0,4	0,3
Osteuropa	49,2	51,9	49,0	45,3	55,0	43,2	40,7	38,3	38,4	37,7	54,7	74,1	82,2
Bulgarien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Polen	30,9	33,3	34,0	24,7	43,6	26,3	20,6	18,5	21,2	24,4	34,1	49,8	53,1
Rumaenien	9,0	9,7	7,5	12,7	9,2	12,4	17,1	17,5	15,5	11,6	8,9	4,2	4,2
Sowjetunion	8,6	8,0	6,3	6,3	3,5	2,6	1,7	1,1	0,7	0,8	10,7	19,5	24,2
Tschechoslowakei	0,6	0,7	0,9	1,3	1,1	1,5	1,0	0,9	0,6	0,6	0,5	0,3	0,4
Ungarn	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
Amerika	11,6	11,4	11,8	12,6	12,1	15,6	16,3	17,0	17,2	17,1	12,6	7,3	4,8
Afrika	6,8	5,3	5,0	4,5	3,8	4,9	5,3	5,5	5,6	5,8	3,8	2,1	1,2
Asien	4,2	4,7	6,5	4,7	3,9	4,8	4,9	5,6	5,7	5,4	3,5	2,0	1,3
Australien und Ozeanien	1,3	1,2	1,1	0,9	0,9	1,4	1,7	1,7	1,3	1,3	1,1	0,6	0,4

ohne Zuzüge aus der DDR

Tabelle 6: Zuzüge von Ausländern in die BR Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Altersgruppen 1988 – Relativwerte –

Alter von	Welt insge- samt 001	Europa 002	EG-12 003	Oester- reich 004	Jugosla- wien 005	Tuerkei 006	Osteuro- pa 007	Bulga- rien 008	Polen 009	Ruma- nien 010	Sowjet- union 011	Tsche- choslo- wakei 012	Ungarn 013	Afrika 014	Amerika 015	Asien 016	Austra- lien 017	Staaten- los 018
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
-18	23,4	23,7	17,4	7,0	38,1	41,1	19,4	10,5	19,9	16,4	21,4	14,2	16,8	21,8	18,1	22,8	13,2	35,7
18-25	20,9	20,7	36,9	36,3	18,1	27,3	10,0	7,3	10,0	9,5	6,9	9,4	13,5	21,7	29,3	18,7	22,5	16,2
25-50	44,0	42,8	40,1	51,0	37,9	25,3	50,1	56,0	51,5	37,8	40,8	42,1	54,5	52,8	44,7	51,7	55,5	38,3
50-65	8,6	9,4	4,3	3,5	4,6	4,9	14,7	15,7	14,1	20,0	22,0	18,9	8,5	2,8	5,9	5,2	5,6	6,8
65+	3,1	3,5	1,2	2,1	1,3	1,4	5,8	10,5	4,4	16,3	8,9	15,4	6,7	0,8	2,0	1,7	3,2	3,0

Tabelle 7: Zuzüge von Ausländern in die BR Deutschland nach Herkunftsländern und Altersgruppen, 1980 – Relativwerte –

	Ausland 001	Europa 002	EG-12 003	Oester- reich 004	Jugosla- wien 005	Tuerkei 006	Osteuro- pa 007	Bulga- rien 008	Polen 009	Ruma- nien 010	So- wjet- union 011	Tsche- choslo- wakei 012	Ungarn 013	Afrika 014	Amerika 015	Asien 016	Austra- lien 017
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
-18	29,3	31,5	22,1	6,9	30,9	49,5	9,6	11,8	6,9	12,0	16,8	16,2	13,1	21,8	21,2	17,6	16,0
18-25	26,9	26,2	38,9	47,0	21,2	19,5	9,1	5,6	9,9	8,2	9,7	7,1	7,9	28,5	29,5	31,3	24,8
25-50	37,1	35,3	34,7	41,5	39,2	27,7	54,8	52,5	59,0	43,5	50,1	42,0	56,1	47,3	41,3	46,4	45,6
50-65	4,6	4,8	3,3	3,2	6,2	2,2	16,6	17,2	16,3	20,3	15,3	18,0	14,0	1,9	5,5	3,5	9,6
65+	2,1	2,3	1,0	1,4	2,5	1,0	9,9	12,8	7,8	16,0	8,1	16,8	9,0	0,5	2,5	1,2	4,1

Quelle Tab. 5–7: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 8: Ausländische Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Nationalitäten ab 1967

Nationalitaet	1967 001	1968 002	1969 003	1970 004	1971 005	1972 006	1973 007	1974 008	1975 009	1976 010	1977 011	1978 012
Auslaender	1806653	1924229	2381061	2976497	3438711	3526568	3966200	4127366	4089594	3948337	3948278	3981061
Europa insgesamt	1577757	1702141	2157590	2723802	3144223	3158841	3625146	3761133	3711334	3565016	3555437	3541710
EG-12	998415	1054773	1225036	1427753	1560795	1539174	1676819	1682001	1616243	1513578	1475572	1444123
Oesterreich	115576	116382	120986	143114	163308	149749	173160	177002	173993	169182	168777	159301
Jugoslawien	140553	169130	331576	514476	594284	608646	701588	707771	677863	640380	630027	610184
Tuerkei	172439	205354	322421	469160	652812	712289	910525	1027770	1077097	1079300	1118041	1165119
Osteuropa	96732	102427	104930	113143	113453	96415	105997	108640	107907	106207	106232	106530
Bulgarien	1985	2117	1980	2414	2759	2724	3147	3233	3241	3265	3288	3405
Polen	54041	53564	48318	49407	49633	37974	41843	44130	44556	44052	44539	46031
Rumaenien	3128	3500	3060	4372	6684	7360	10117	10937	9799	9008	8824	9062
Sowjetunion	7777	8173	6567	6588	6201	4130	4639	4954	5134	5292	5286	5211
Tschechoslowakei	9207	14556	28248	32211	29454	27782	28304	26821	26743	26477	26226	24920
Ungarn	20594	20517	16757	18151	18722	16445	17947	18565	18434	18113	18069	17901
Uebrigues Europa	54042	54075	52641	56156	59571	52568	57057	57949	58231	56369	56788	56453
Afrika insgesamt	22603	25081	28843	39827	50804	55909	64587	69262	70942	71535	74572	79543
Amerika	65812	68068	69274	77706	90495	86147	97301	101044	103980	102700	103328	102703
Asien insgesamt	62726	61289	64564	74092	90031	90325	102849	113865	121288	124928	131220	147813
Australien u.Ozeanien	3212	3205	3843	4689	5717	5852	6665	6742	6735	6442	6197	6089
Hauptanwerbelaender 1)	1127749	1242342	1684231	2200091	2577461	2643979	3049452	3165772	3112803	2974544	2959764	2952209

Nationalitaet	1979 013	1980 014	1981 015	1982 016	1983 017	1984 018	1985 019	1986 020	1987 021	1988 022	1989 023
Auslaender	4143836	4453308	4629729	4666917	4534863	4363648	4378942	4512679	4240532	4489105	4845882
Europa insgesamt	3691054	3955309	4095389	4107665	3988235	3811161	3763838	3824329	3644090	3846512	4103108
EG-12	1461752	1503364	1520474	1493555	1432564	1384351	1356593	1364729	1240385	1275858	1325400
Oesterreich	168915	172573	176256	174988	171586	172133	172534	174563	150037	155132	171093
Jugoslawien	620649	631842	637307	631692	612798	600314	591001	591960	551614	579073	610499
Tuerkei	1268307	1462442	1546280	1580671	1552328	1425798	1401932	1434255	1453708	1523678	1612623
Osteuropa	113313	124753	151612	163165	158442	168093	178960	195669	193805	256665	322069
Bulgarien	3599	3831	4050	4190	4072	4074	4259	4479	3984	4548	5670
Polen	50779	60140	82711	91371	87588	95868	104755	116883	120550	171514	220443
Rumaenien	10106	10272	11312	12235	12335	12820	13736	14973	14849	17739	21101
Sowjetunion	5775	5946	6244	6455	6466	6570	6688	7128	6854	8427	11533
Tschechoslowakei	24202	24420	25573	26714	26891	27668	28167	29126	25731	27869	31695
Ungarn	18852	20144	21722	22200	21090	21093	21355	23080	21837	26568	31627
Uebrigues Europa	58118	60335	63460	63594	60517	60472	62818	63153	54541	56106	61424
Afrika insgesamt	88517	103432	115138	123955	125204	124481	133456	145083	126435	136749	163579
Amerika	106782	113354	118052	120190	120342	122270	127046	131192	113593	120681	132233
Asien insgesamt	170284	219710	242016	254511	241914	247288	295459	348035	302966	330185	386444
Australien u.Ozeanien	6292	6654	6687	6551	6233	6209	6308	6358	5360	5651	6164
Hauptanwerbelaender 1)	3072181	3301919	3393759	3394339	3287962	3100156	3034712	3070479	2959384	3083670	3238172

1) I. G., Y. P., E. T. Stichtag 30. 9., ab 1985: 31. 12.; 1987 und 1988 an VZ angepaßte Zahlen

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 9: Ausländische Wohnbevölkerung in der BR Deutschland nach Nationalitäten ab 1967 – Relativzahlen –

Nationalitaet	1967 ; 001	1968 ; 002	1969 ; 003	1970 ; 004	1971 ; 005	1972 ; 006	1973 ; 007	1974 ; 008	1975 ; 009	1976 ; 010	1977 ; 011	1978 ; 012	1979 ; 013	1980 ; 014
Auslaender	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europa insgesamt	87,3	88,5	90,6	91,5	91,4	89,6	91,4	91,1	90,8	90,3	90,1	89,0	89,1	88,8
EG-12	55,3	54,8	51,4	48,0	45,4	43,6	42,3	40,8	39,5	38,3	37,4	36,3	35,3	33,8
Oesterreich	6,4	6,0	5,1	4,8	4,7	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,0	4,1	3,9
Jugoslawien	7,8	8,8	13,9	17,3	17,3	17,3	17,7	17,1	16,6	16,2	16,0	15,3	15,0	14,2
Tuerkei	9,5	10,7	13,5	15,8	19,0	20,2	23,0	24,9	26,3	27,3	28,3	29,3	30,6	32,8
Osteuropa	5,4	5,3	4,4	3,8	3,3	2,7	2,7	2,6	2,6	2,7	2,7	4,4	2,7	2,8
Bulgarien	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Polen	3,0	2,8	2,0	1,7	1,4	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,4
Rumaenien	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Sowjetunion	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Tschechoslowakei	0,5	0,8	1,2	1,1	0,9	0,8	0,7	0,6	0,7	0,7	0,7	2,4	0,6	0,5
Ungarn	1,1	1,1	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5
Uebriges Europa	3,0	2,8	2,2	1,9	1,7	1,5	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	- 0,3	1,4	1,4
Afrika insgesamt	1,3	1,3	1,2	1,3	1,5	1,6	1,6	1,7	1,7	1,8	1,9	2,0	2,1	2,3
Amerika	3,6	3,5	2,9	2,6	2,6	2,4	2,5	2,4	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,5
Asien insgesamt	3,5	3,2	2,7	2,5	2,6	2,6	2,6	2,8	3,0	3,2	3,3	3,7	4,1	4,9
Australien u.Ozeanien	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Hauptanwerbelaeuder 1)	62,4	64,6	70,7	73,9	75,0	75,0	76,9	76,7	76,1	75,3	75,0	74,2	74,1	74,1

Nationalitaet	1981 ; 015	1982 ; 016	1983 ; 017	1984 ; 018	1985 ; 019	1986 ; 020	1987 ; 021	1988 ; 022	1989 ; 023
Auslaender	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Europa insgesamt	88,5	88,0	87,9	87,3	86,0	84,7	85,9	85,7	84,7
EG-12	32,8	32,0	31,6	31,7	31,0	30,2	29,3	28,4	27,4
Oesterreich	3,8	3,7	3,8	3,9	3,9	3,9	3,5	3,5	3,5
Jugoslawien	13,8	13,5	13,5	13,8	13,5	13,1	13,0	12,9	12,6
Tuerkei	33,4	33,9	34,2	32,7	32,0	31,8	34,3	33,9	33,3
Osteuropa	3,3	3,5	3,5	3,9	4,1	4,3	4,6	5,7	6,6
Bulgarien	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Polen	1,8	2,0	1,9	2,2	2,4	2,6	2,8	3,8	4,5
Rumaenien	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Sowjetunion	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Tschechoslowakei	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
Ungarn	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,7
Uebriges Europa	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	1,4	1,3	1,2	1,3
Afrika insgesamt	2,5	2,7	2,8	2,9	3,0	3,2	3,0	3,0	3,4
Amerika	2,5	2,6	2,7	2,8	2,9	2,9	2,7	2,7	2,7
Asien insgesamt	5,2	5,5	5,3	5,7	6,7	7,7	7,1	7,4	8,0
Australien u.Ozeanien	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Hauptanwerbelaeuder 1)	73,3	72,7	72,5	71,0	69,3	68,0	69,8	68,7	66,8

1) I, G, Y, P, E, T. Stichtag 30. 9., ab 1985: 31. 12.; 1987 und 1988 an VZ angepaßte Zahlen  
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 10: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in der BR Deutschland 1980, 1988, 1989\* (ausgewählte Nationalitäten)

	abs,1980 001	rel,1980 002	abs,1988 003	rel,1988 004	abs,1989 005	rel,1989 006
Ausland	2071658	100,0	1624122	100,0	1689299	100,0
Europa	1819897	87,9	1467034	90,3	1520488	90,0
EG-12	731961	35,5	488450	30,1	497303	29,4
Oesterreich	87212	4,2	86021	5,3	88701	5,3
Jugoslawien	357427	17,3	295549	18,2	300394	17,8
Tuerkei	590623	28,5	533766	32,9	561806	33,3
Osteuropa	35387	1,8	46416	2,8	54435	3,3
Bulgarien	1274	0,1	1223	0,1	1330	0,1
Polen	8772	0,4	20286	1,2	25383	1,5
Rumaenien	4669	0,2	5339	0,3	6279	0,4
Sowjetunion	1126	0,1	791	0,0	1076	0,1
Tschechoslowakei	11486	0,6	10971	0,7	11586	0,7
Ungarn	8060	0,4	7806	0,5	8781	0,5
Afrika	41133	2,0	37521	2,3	40438	2,4
Amerika	28822	1,4	32691	2,0	34798	2,1
Asien	74982	3,6	67025	4,1	73921	4,4
Australien u.Ozeanien	2488	0,1	2084	0,1	2244	0,1
Ungeklart und staatenlos	104336	5,0	17767	1,1	17410	1,0

\* jeweils zum 30. 6.

Quelle: Amtliche Nachrichten der BA, versch. Hefte

Tabelle 11: Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten Ländern und Erdteilen, 1950–1980, in Tausend

	abs,1950 001	rel,1950 002	abs,1960 003	rel,1960 004	abs,1970 005	rel,1970 006	abs,1980 007	rel,1980 008	abs,1985 009	rel,1985 010	abs,1988 011	rel,1988 012	Jaehr1. durch- schnitt 1.Zu- wachs 80-85 013	Jaehr1. durch- schnitt 1.Zu- wachs 85-88 014
Welt insgesamt	2515000	100,0	3019000	100,0	3698000	100,0	4450000	100,0	4854000	100,0	5114788	100,0	1,8	1,8
EG-12	259698	10,3	279645	9,3	302737	8,2	318035	7,1	321889	6,6	324879	6,4	0,2	0,3
Osteuropa:	250113	9,9	293469	9,7	327941	8,9	357663	8,0	374036	7,7	383364	7,5	0,9	0,8
Bulgarien	7251	0,3	7867	0,3	8490	0,2	8862	0,2	8960	0,2	8982	0,2	0,2	0,1
Polen	24824	1,0	29561	1,0	32526	0,9	35578	0,8	37203	0,8	37860	0,7	0,9	0,6
Rumaenien	16311	0,6	18403	0,6	20253	0,5	22201	0,5	22725	0,5	23020	0,5	0,5	0,4
Sowjetunion	180000	7,2	214000	7,1	242000	6,5	265000	6,0	279000	5,7	286993	5,6	1,1	1,0
Tschechoslowakei	12389	0,5	13654	0,5	14334	0,4	15311	0,3	15499	0,3	15612	0,3	0,2	0,2
Ungarn	9338	0,4	9984	0,3	10338	0,3	10711	0,2	10649	0,2	10897	0,2	- 0,1	0,8
Oesterreich	6935	0,3	7048	0,2	7426	0,2	7549	0,2	7558	0,2	7586	0,1	0,0	0,1
Jugoslawien	16346	0,6	18402	0,6	20371	0,6	22304	0,5	23124	0,5	23549	0,5	0,7	0,6
Tuerkei	20770	0,8	27543	0,9	34848	0,9	44438	1,0	49272	1,0	53669	1,0	2,2	2,9
Nordafrika	52000	2,1	65000	2,2	83000	2,2	108000	2,4	124000	2,6	135538	2,6	3,0	3,1
Asien	1376000	54,7	1667000	55,2	2101000	56,8	2583000	58,0	2834000	58,4	2994005	58,5	1,9	1,8

Quellen: UN, Demographic Yearbook; FAO, Yearbook Production, Vol. 43, 1988; eigene Berechnungen

Tabelle 12: Bevölkerung in ausgewählten Ländern und Erdteilen – Altersstruktur 1985 -

	abs,zus 001	abs,bis14 002	abs,15-64 003	abs,ab65 004	rel,zus 005	rel,bis 15 006	rel,15- 64 007	rel,ab 65 008
EG-12	322061	63670	214673	43719	100	20	67	14
Osteuropa:	371983	92429	241899	37657	100	25	65	10
Bulgarien	8960	1882	6093	986	100	21	68	11
Polen	37203	9673	23810	3720	100	26	64	10
Rumaenien	22725	5681	14771	2273	100	25	65	10
Sowjetunion	276946	69237	180015	27695	100	25	65	10
Tschechoslowakei	15500	3720	10075	1705	100	24	65	11
Ungarn	10649	2236	7135	1278	100	21	67	12
Oesterreich	7502	1425	5026	1050	100	19	67	14
Jugoslawien	23118	5548	15489	2081	100	24	67	9
Tuerkei	50345	18124	30207	2014	100	36	60	4
Nordafrika	124419	53500	67186	3733	100	43	54	3
Asien	2834226	991979	1700536	141711	100	35	60	5

Quellen: UN, Demographic Yearbook 1987; eigene Berechnungen

Tabelle 13: Wirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern  
Bruttoinlandsprodukt, Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner

	BIP 1986 in Mill. US-Dollar 001	BIP pro Kopf in US-Dol- lar 002	BIP- Wachs- tum 1970- 1075 003	BIP- Wachs- tum 1975- 1980 004	BIP- Wachs- tum 1980- 1986 005	BIP- Wachs- tum 1985- 1986 006	BIP- Wachs- tum pro Kopf 1970- 1975- 1986 007	BIP- Wachs- tum pro Kopf 1975- 1980 008	BIP- Wachs- tum pro Kopf 1980- 1986 009	BIP- Wachs- tum pro Kopf 1985- 1986 010
EG-12	3464477	10761	2,6	2,8	1,9	2,5	8,3	8,8	6,6	7,0
RGW-Staaten	1147300	2910	7,1	3,9	3,3	4,3	6,2	3,0	2,4	3,5
Bulgarien	18356	2049	7,8	5,2	3,8	5,3	7,0	4,5	3,3	4,8
Polen	53923	1440	10,0	1,4	1,2	4,9	9,2	0,8	0,6	4,4
Rumaenien	33271	1458	11,2	7,2	5,0	7,3	10,4	6,6	4,4	6,8
Sowjetunion	854739	3050	7,1	3,9	3,3	4,3	6,3	3,2	2,7	3,8
Tschechoslowakei	50481	3250	5,4	3,7	2,0	2,6	4,7	3,1	1,4	2,1
Ungarn	20651	1907	6,6	3,2	1,2	0,9	5,8	2,6	0,6	0,4
Oesterreich	93813	12512	4,2	2,7	1,9	2,8	3,5	2,7	1,1	1,2
Jugoslawien	61705	2651	5,8	6,4	0,7	4,1	5,0	5,8	0,1	3,6
Tuerkei	58050	1128	7,1	2,6	5,0	7,2	4,0	- 0,3	2,1	4,3
Afrika	398700	690	4,8	3,6	0,9	0,8	2,0	0,6	- 2,0	- 2,1
Asien, Mittl. Osten	485300	2900	8,6	3,4	- 0,7	- 3,4	5,4	0,5	- 3,4	- 6,1
Asien, S. und S.O.	2971600	1090	4,9	5,6	5,3	4,2	2,5	3,7	3,6	2,6

1) für osteuropäische Länder: Netto-(Güter-)-Produkt

Quellen: OECD, National Accounts, Vol. 1, 1960-1988; Paris 1990; UN, National Accounts Statistics: Analysis of Main Aggregates 1986; eigene Berechnungen